WILDCAT

[redacted]

#20

inhalt

Editorial 3
Krise der Arbeiterklase II 4
Wallerstein Diskussion 13
Schlanke LehrerInnen 21
Gewaltmonopol zu verkaufen 28
Scharfmacher 45
(Ge)schlechter Deal in Rußland 53
Streikwelle in Weißrußland 60

kontakte

Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
Tel.: 030/612 1848 (jaa@wildber.snafu.de).
Wildcat, c/o Infoladen, Koburger Str.3, 04277 Leipzig
(wild-l@link-l.cl.sub.de).

West: Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
(wildcat@link-lev.dinoco.de).
Infoladen, Postfach 1334, 33043 Paderborn

Süd: Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel+Fax: 0621/629 5271
Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg

Nord: Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg

abos

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Aufruhr bei VW
Hannover: 500 stürmten IG-Metall-Sitzung
(Neue Presse, Hannover, 14.9.95)

Krise der Arbeiterklasse II

Die im letzten Zirkular unter dem Titel »Krise der Arbeiterklasse« zusammengefaßten Berichte ließen sich beliebig fortsetzen. Der neue Tarifvertrag bei VW (s.u.) ist ein weiterer Ausdruck dieser Krise, auch wenn die Unternehmerideologen jammern, daß er noch nicht weit genug geht. Dieses Jammern gehört zu ihrer Politik, mit der ausgelotet werden soll, wie weit sie gefahrlos gehen können. Jenseits der Großkonflikte, in vielen betrieblichen Auseinandersetzungen können sie ohnehin an Boden gewinnen. Die Varta steht nicht allein mit dem Versuch, kostenlose Überstunden anzuordnen. Die 2400 ArbeiterInnen bei der größten Offsetdruckerei in Europa, der Bertelsmann-Tochter **Mohndruck** in Gütersloh, wurden Anfang August vom Unternehmer schriftlich aufgefordert, auf die Bezahlung von sieben Überstunden pro Monat zu verzichten – von September '95 bis Juni '97. Die Betriebsratsmehrheit stimmte dieser Aufforderung zu, da es für das Unternehmen notwendig sei, Kosten zu sparen. Laut Unternehmensleitung soll Ende August bereits die Mehrheit der ArbeiterInnen die individuelle Verzichtserklärung unterschrieben haben. Bei **Herlitz** in Berlin führt die Unternehmensleitung Samstagsarbeit bis 22 Uhr ein, auch ohne Zuschläge, und die ArbeiterInnen verzichten freiwillig auf die tariflich vereinbarten Zulagen. In beiden Fällen protestierte die IG Medien lautstark. Wird sie es in Zukunft auch noch tun? Ende September ereigneten sich bei den kleinen, ehemals als links geltenden Gewerkschaften Szenen wie in Schauprozessen. Die Gewerkschaftsführungen von IG Medien und der Lehrergewerkschaft GEW streuten reuig Asche auf ihr Haupt und bekannten: Wir waren zu radikal! Bei der IG Medien erfolgte diese Selbstbeschuldigung mitten in einer laufenden Tarifrunde, woraufhin die Unternehmer die Gewerkschaft gleich beim Wort nahmen und von ihr verlangten, das aktuelle Forderungsniveau entsprechend abzusenken. Und die GEW kündigte an, daß sie von »utopischen« Reformvorstellungen im Bildungswesen ablassen und sich den Sparzwängen beugen werde.

Die lange Zeit wegen ihre Stabilität im europäischen Ausland beneideten DGB-Gewerkschaften sind in eine tiefe Krise geraten. Die Mitgliederverluste des DGB (1993: 750 000, 1994: 500 000) lassen sich nicht mehr allein mit der Arbeitslosigkeit erklären. Nach einer Umfrage erwägen 40 Prozent der westdeutschen Gewerkschaftsmitglieder den Austritt aus der Gewerkschaft, nur zwei Prozent der Nichtorganisierten würden eintreten, falls sie dazu aufgefordert wür-

den (s. Eckard Voß zur Krise der Gewerkschaften in Europa in der »konkret« vom Oktober '95). Interessanterweise werden gerade jetzt, also nachdem die Krise 92/93 überwunden ist und die Produktion boomt, reihenweise alte gewerkschaftliche Positionen gekippt. Unter der Hand und in einzelbetrieblichen Vereinbarungen wird dieser schleichende Positionswechsel seit '93 betrieben. Nun aber gehen Gewerkschaftsführer immer öfter an die Öffentlichkeit, um lauthals die Aufgabe dieser Positionen zu verkünden. Was sie treibt, ist die Furcht, zur Einflußlosigkeit zu verkommen. Kostensenkung, Einsparungen, Umstrukturierung ja, aber bitte mit unserer Beteiligung – ist die Devise.
Die Gewerkschaften suchen ihren Einfluß dort, wo schon immer die Basis ihrer Macht lag: in der Anerkennung durch Kapital und Staat als Repräsentation der »Arbeiterinteressen« und zuverlässiger Verhandlungspartner. Wenn dann aufgrund der Verhandlungsergebnisse, in denen die ArbeiterInnen ihre Interessen nicht mehr wiederfinden, reihenweise Mitgliedsbücher fliegen, so ist das für den Apparat ärgerlich und zwingt zur Verschlankung in den eigenen Büros, aber es ist der Preis, der für die Aufrechterhaltung des »politischen Einflusses« zu zahlen ist.

Bei der Bochumer Ortsverwaltung der IGM standen die Telefone nicht mehr still, nachdem **Opel** zwei Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeit vorgelegt hatte (flexible Arbeitszeit bis zu 40 Stunden und bis 23.00 Uhr, Ausgleichszeitraum von drei Jahren, 12 Samstage pro Jahr, Wegfall der Freischichten bei Krankheit usw.). Wütende ArbeiterInnen drohten mit ihrem Austritt aus der Gewerkschaft, sollte der Betriebsrat diesen Entwürfen zustimmen. Kurz zuvor hatte der Betriebsrat bis Ende dieses Jahres sechs Samstags-Sonderschichten genehmigt, mit äußerst knappen Mehrheitsverhältnissen (in der internen Vorabstimmung der IGM-Fraktion stand es 14:13 für die Schichten, in der Abstimmung im gesamten BR beugten sich die IG-Metaller der Fraktionsdisziplin).

Nach einer turbulenten Betriebsversammlung am 23.9. traut sich der Betriebsrat im Moment nicht, die ihm vorgelegten Vereinbarungen zu unterschreiben. Die einzigen, die in dieser Situation noch offen zum Drinbleiben und Eintreten in die Gewerkschaft aufrufen, sind die linksoppositionelle Gruppen (Zeitung »Standorte« bei Opel-Bochum). Aber auch sie wissen immer weniger, was sie damit eigentlich vermitteln wollen und berichten vom Zynismus der linientreuen Gewerkschafter und Betriebsräte: »Was wollt ihr denn noch mit der Gewerkschaft? Keine Ahnung, wie lange es die IGM noch geben wird, aber Betriebsräte wird es immer geben.«

Samstagsarbeit – bisher rückläufig!
Es geht um die Macht im Betrieb.

Der Samstag und Sonntag als regulärer Arbeitstag ist seit Jahren immer wieder ein beliebter Zankapfel zwischen Unternehmen und Gewerkschaften. Dieses Jahr bekamen die Unternehmer auffällig viel Rückendeckung von der SPD und einige betriebliche Vereinbarungen wie die bei Pirelli dienten zur Entfachung einer breiten Debatte. In der Folge wurde neue Vereinbarungen wie die bei Opel-Rüsselsheim und der neue Tarifvertrag bei VW daran gemessen, ob sie den Widerstand gegen den Samstag als Regelarbeitstag hätten brechen können.
In der Öffentlichkeit wird der Konflikt oft irreführend so dargestellt, als ob es überhaupt um den Samstag gehe. In vielen Branchen wird seit eh und je an Samstagen und Sonntagen gearbeitet, in der chemischen Industrie wie im Krankenhaus. Samstagsarbeit wird auch nicht pauschal von den Gewerkschaften abgelehnt: *»Und wo es wirklich notwendig ist Aufträge abzuarbeiten, gibt es Samstagsarbeit längst als Mehrarbeit mit Zustimmung unserer Betriebsräte.(...) Es gibt in dieser Frage nichts zu regeln. Ist nicht der heutige Zustand sogar ein Musterbeispiel für das, was die Unternehmer unter dem Stichwort 'Deregulierung' immer fordern? Man regelt Samstagsarbeit auf betrieblicher Ebene, flexibel und situationsgerecht!«* (IGM-Chef Zwickel in: metall 8/95) Umgekehrt haben die Unternehmer betont, daß es ihnen gerade nicht um regelmäßige Samstagsarbeit geht, sondern um die Nutzung des Samstags als Reserve für mehr Flexibilität in der Produktion. Die Fabrik könnte dann noch besser »durchatmen«, wie es im VW-Jargon heißt.
Zweitens wird die Anzahl der Zeitungsmeldungen zur Samstagsarbeit allzuoft mit der Realität verwechselt. *»...bereits 1993 arbeitete jeder dritte Beschäftigte wieder regelmäßig am Samstag, nun steht auch der Sonntag wieder zur Disposition...«*, so formuliert Voß den weit verbreiteten Eindruck. Wenn *»bereits«* 1993 so viele Menschen *»wieder«* am Samstag arbeiteten, was war dann vorher? Haben 1987 weniger Menschen am Samstag gearbeitet?
Das Gegenteil ist der Fall. Nach Erhebungen wie dem Mikrozensus ist der Anteil von Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit zumindest zwischen 1989 und 1993 zurückgegangen. Gaben 1989 noch 36,5 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Westdeutschland an, »gelegentlich«, »regelmäßig« oder »ständig« Samstags zu arbeiten, so waren es 1993 nur noch 31,9 Prozent. Dieser Rückgang fand, in unterschiedlichem Maße, in allen Wirtschaftsbereichen statt, am stärksten in der Industrie (verarbeitendes Gewerbe). Im Osten, wo der Anteil 1991 noch deutlich niedriger als im Westen war, hat die Quote der Samstagsarbeit sich bis 1993 der im Westen angeglichen. Mit 33,6 Prozent liegt sie jetzt sogar leicht über dem westlichen Wert. Einen dramatischen Anstieg gab es dort

z.B. im Baugewerbe von 14,2 auf 24,8 Prozent – im Westen lag er 1993 bei 17,3 Prozent (Alle Angaben nach: Hartmut Seifert, Rückläufige Entwicklung bei Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit, WSI-Mitteilungen 3/1995). Unklar ist, woran dieser Rückgang liegt, der auch nur ein durchschnittlicher ist, d.h. hinter den Gesamtzahlen können sich große Unterschiede zwischen einzelnen Betrieben verbergen. Allein an der konjunkturellen Entwicklung dieser Jahre kann es nicht liegen, da der Rückgang auch schon in den Boomjahren '89-'91 zu beobachten war. In dem Aufsatz von Seifert werden verschiedene Thesen präsentiert: 1. Die Unternehmen sind gezwungen, in der Arbeitszeitgestaltung mehr auf die Wünsche der ArbeiterInnen einzugehen. Angesichts der guten Arbeitsmarktlage bis 1992 und der größeren Orientierung an der Freizeit wäre dies nicht verwunderlich. 2. Die Unternehmen haben aus Kostengründen versucht, den Umfang zuschlagspflichtiger Arbeitszeiten einzugrenzen. Teilweise war dies auch mithilfe neuer Automatisierungs- und Steuerungstechniken möglich. 3. Für die letzten beiden Jahre spielt der Kriseneinbruch sicher eine große Rolle, da die Kapazitätsauslastung stark abgenommen hat.

Mit anderen Worten: die Unternehmer haben zunächst versucht, Kosten für Zuschläge durch eine rationellere Organisation zu vermeiden und konnten damit zugleich auf Bedürfnisse und Forderungen der ArbeiterInnen eingehen. In der Krise konnten sie sich von Zuschlägen sowieso freimachen – und profitierten noch vom Kurzarbeitergeld. Mit dem Boom ab 1994 sind sie sehr schnell an ihre Kapazitäts- und Personalgrenzen gestoßen. Letzteres wurde auch in der Öffentlichkeit zum Politikum, als z.B. der Verband der Maschinenbauer eingestand, bei der »Verschlankung« der Betriebe übertrieben zu haben. Trotzdem liefen und laufen die Einstellungen zögerlich an. Zunächst einmal explodiert die Zahl der Überstunden – und damit die Kosten für die Zuschläge. Das Kapital will an dem Eindruck eines »Booms ohne Beschäftigung« auf jeden Fall festhalten. Und auf keinen Fall wollen sich die Unternehmer nach dem mühevollen Verschlankungsprozeß der Krisenjahre eine neue Personalreserve ans Bein binden (jedenfalls nicht, solange die teuren Kündigungsschutzregeln des deutschen Arbeitsrechts weiter in Kraft sind – auf die sie sich übrigens auch gerade einschießen). Dabei geht es nicht allein um die Lohnkosten für zusätzliche ArbeiterInnen, sondern auch um die dafür nötigen Investitionen. Werden neue Leute mit denselben Arbeitszeiten eingestellt, so werden (neben Ausbildungs- und Anlernkosten) Investitionen in Maschinerie notwendig. Daher sind Überstunden trotz der Zuschläge bis zu einem gewissen Grad für das Kapital billiger als Neueinstellungen: sie erfordern – abgesehen von den Kosten für Rohstoffe und Teile, die ziemlich schnell über die produzierten Waren wieder reinkommen – keine zusätzlichen Investitionen ins fixe Kapital. Dieses wird sogar schneller umgeschlagen. Das spricht auch für die regelmäßige Nutzung oder Nutzbarkeit

des Samstags oder Sonntags. (Was die Unternehmer als die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten ansprechen, ist kritisch formuliert nur die Senkung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, um einen Fall der Profitrate aufzuhalten, der durch die immer größeren Kapitalinvestitionen verursacht wird.) Die Zuschläge sind daher nicht einmal das Wichtigste, sondern die Normalität des Samstags als Arbeitstag. Zum einen soll der reale Trend weg vom Samstag umgekehrt werden. Zum anderen geht es um die Verfügbarkeit über diese Zeitreserve. Im neuen Arbeitszeitgesetz (s. Zirkular #12) ist die rechtlich mögliche Nutzung des Sonntags ausgeweitet worden, in einzelnen Betriebsvereinbarungen haben Betriebsräte der regelmäßigen Nutzung des Wochenendes, z.B. im Instandhaltungsbereich, zugestimmt. Aber die Zustimmungspflichtigkeit der Betriebsräte ist eines der letzten Faustpfänder der Gewerkschaft, auf das sie nicht verzichten will. Warum die Unternehmer trotz Kooperationsbereitschaft der Betriebsräte den Samstag nach eigenem Gutdünken als Arbeitstag anordnen können wollen, erklärt sich der IGM-Chef so: *»Denn die Betriebsräte wissen natürlich, daß sie da einen Trumpf in der Hand haben: Für Arbeit am Samstag kann man Gegenleistungen verlangen. Mal die Übernahme von Auszubildenden, mal die Umwandlung befristeter Verträge in unbefristete – so mancher Arbeitsplatz ist auf diese Weise schon gerettet worden. Der Samstag als Regelarbeitstag würde dem ein Ende setzen. Und genau darum geht es. Die Unternehmer wollen wieder anordnen können. Sie wollen die Machtverhältnisse im Betrieb wieder ein Stück zu ihren Gunsten verschieben.«* (metall, s.o.) Um so edle Ziele wie die Übernahme der Befristeten geht es wohl in den seltensten Fällen, aber es geht um den formalen Machterhalt der Betriebsräte und damit der Gewerkschaften. Im Rahmen der betrieblichen Öffnung von Tarifverträgen seit dem Leber-Kompromiß zur Arbeitszeitverkürzung von 1984 hat die Gewerkschaft mehr und mehr Einfluß an die Betriebsräte delegiert. Diese wiederum können sich ohne Streikmöglichkeit lediglich auf ein paar Punkte stützen, bei denen der Arbeitgeber um ihre Zustimmung bitten muß. Daß ist es, was der Gewerkschaft wichtig ist: daß sie überhaupt noch gefragt und vom Kanzler zum Teetrinken eingeladen wird. Nur so kann der Mythos des »Mitgestaltens« aufrechterhalten werden. In der Sache ist die Gewerkschaft bereit, über alles zu reden, was der »Problemlösung« dient. Der »Skandal« bei Mohndruck war für die IG Medien nicht, daß ArbeiterInnen auf Lohn verzichten sollen, sondern daß man nicht mit ihr, der für Lohnfragen zuständigen Gewerkschaft, darüber redet. Stattdessen erdreistet sich ein Unternehmer, dies mit der unorganisierten Betriebsratsmehrheit und in Einzelverträgen zu klären (s. Druck und Papier, September '95).

Warum spielte der Samstag in der Tarifrunde in Bayern keine Rolle?

Nachdem bei Ford und Opel »bahnbrechende« Betriebsvereinbarungen zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung ausgehandelt waren, wurde der Tarifkonflikt bei VW, bei dem es um die Fortschreibung der sogenannten »Vier-Tage-Woche« ging, zum Schlachtfeld um den Samstag hochstilisiert. Denn bei aller Flexibilität war der Samstag in den Ford- und Opel-Vereinbarungen nicht als Regelarbeitstag anerkannt worden. Praktisch bekommt ihn die Firma natürlich, wenn sie ihn braucht. So auch der Gesamtbetriebsrats-Chef von VW Klaus Volkert: *»Auch in der Vergangenheit sei noch nie ein Fahrzeug nicht gebaut worden aufgrund von Tarifverträgen oder Einsprüchen des Betriebsrates. Wenn der Markt es verlangt, sei immer Zusatzarbeit, auch samstags, geleistet worden.«* (FAZ, 29.8.95) In der Metall-Tarifrunde im Frühjahr hatte die Frage der Arbeitszeitflexibilisierung und des Samstags kaum eine Rolle gespielt. Im Vorfeld war zwar von einer möglichen Verknüpfung von Lohnerhöhung und mehr Flexibilität die Rede gewesen, Opel hatte den Wunsch nach einem dreijährigen Ausgleichszeitraum angemeldet, aber bei den Verhandlungen war davon nicht mehr die Rede gewesen. Ein Grund mehr für einige Gewerkschaftslinke, hierin die Stärke der Gewerkschaften und einen relativ erfolgreichen Abschluß zu sehen (z.B. Arbeiterpolitik 2/95): Ursprünglich sei die IGM zu »Kompensationen« in Form von Flexibilisierung für höhere Löhne bereit gewesen, dann aber von der Basis zurückgepfiffen worden. Aber auch Unternehmen wie Ford hatten schon vor der Tarifrunde erklärt, daß sie von einer weiteren tariflichen Arbeitszeitflexibilisierung nicht viel hätten. Die tariflichen Spielräume (im Metall-Tarifvertrag gibt es keine Zuschläge für Samstagsarbeit!) seinen bisher noch gar nicht ausgenutzt, da müßten erstmal auf betrieblicher Ebene einige Starrheiten beseitigt werden. Und umgekehrt haben selbst Großbetriebe wie Mercedes-Benz in Gaggenau oder in Wörth gezeigt, daß sich betriebliche Regelungen mit genügend Druck über Tarifverträge hinwegsetzen können. Die Unternehmern hatten aus machtpolitischen Gründen kein gesteigertes Interesse daran, Fragen der Flexibilisierung weiter mit der Gewerkschaft und im Rahmen von Flächentarifverträgen zu klären. Die erfolgreiche Aufweichung tarifvertraglicher Regelungen war seit 1984 über die Verlagerung der Regelung und Durchsetzung ihrer Ziele auf die betriebliche Ebene gelaufen - die Welle von neuen, betrieblichen Flexibilisierungsmodellen im Zusammenhang mit der Einführung der 35-Stunden-Woche zum 1. Oktober 1995 schreibt diese Linie fort. Der Pilotabschluß in Bayern war ein Scheinsieg, die Gewerkschaft wehrte etwas ab, was auf dieser Ebene nicht ernsthaft gefordert worden war. Auch die nach dem Abschluß einsetzende Krisen- und Auflösungsstimmung im Arbeitgeberverband,

belegt keinen »Erfolg« der Gewerkschaft, sondern erreichte genau das, was mit dem Spektakel beabsichtigt war: die IGM erklärte eiligst ihre Bereitschaft, über eine weitere Verlagerung der Verhandlungs- und Entscheidungsebene hin zu den Betrieben zu verhandeln. Volkswagen spielt in diesem Zusammenhang eine Mittelrolle zwischen Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung, weil hier ein eigener Firmentarif verhandelt wird.

Tarifrunde bei VW: 4 Prozent mehr Lohn – 4 Prozent mehr Arbeit

Im Mittelpunkt der Verhandlung stand die Fortführung des 28,8-Wochenstunden-Modells mit Beschäftigungsgarantie und die Frage, wieviel diese »Sicherheit« den ArbeiterInnen bei VW wert ist. Es lief also genau nach dem Motto, das der Arbeitsdirektor Peter Hartz schon vor zwei Jahren zur Kernfrage der Verhandlungen erklärt hatte: Wieviel Verzicht ist zumutbar für einen sicheren Arbeitsplatz? (Siehe Zirkular #18.) Als nach dem Abschluß die ArbeiterInnen in Hannover aus dem Ruder liefen, die Bänder stoppten und eine Betriebsratssitzung sprengten, kommentierte der IGM-Verhandlungsleiter Peters getreu nach diesem Motto: *»Wer den Wert der Beschäftigungssicherung nicht anerkennt, der will dafür auch keinen Beitrag leisten oder hält den Beitrag für zu hoch.«* Im Nachsatz ergänzt er: Auch in dem momentan gut ausgelasteten Werk Hannover könne sich die Lage einmal ändern (NP, 14.9.95). VW sollte sich also schnell eine besonders schwere Krise für die Transporterproduktion in Hannover ausdenken, damit die ArbeiterInnen den »Wert« ihres Arbeitsplatzes wieder erkennen, oder was?

In der Tarifrunde, die von einer Reihe von Warnstreiks und Demonstrationen begleitet wurde, hatten viele ArbeiterInnen in den anderen Autobetrieben hoffnungsvoll nach Wolfsburg, Hannover, Kassel oder Emden geschaut. Würde es dort gelingen, gegenüber den neuen Zumutungen der Unternehmer hart zu bleiben, hätte dies Bedeutung für sie alle, denn bisher wird jede neue Zumutung in einer Fabrik, in einem Konzern zur Begründung für deren Durchsetzung im nächsten genommen. Seit fünf Jahren gab es zum ersten Mal wieder Warnstreiks bei VW, die in dieser Zeit zum Mustermodell für Flexibilisierung geworden waren. Die »Vier-Tage-Woche« hatte zu hunderten verschiedenen Arbeitszeitmodellen geführt, räumliche Mobilität über hunderte von Kilometern hinweg erzwungen und die weitere Intensivierung der Arbeit flankiert.

Aber dieser gestiegene Arbeitsdruck tauchte in den Forderungen der IGM an keiner Stelle auf. Stattdessen machte sie die unbefristete Fortschreibung der »Beschäftigungssicherung« zur Hauptforderung, plus sechs Prozent mehr Lohn. Was die Lohnforderung betrifft, hatte IGM-Chef Zwickel sofort darauf hinge-

wiesen, daß die Beschäftigungssicherung der Gewerkschaft natürlich etwas wert sei. Daran konnte VW anknüpfen und fragen: wieviel ist euch das wert? Vorschlag: Wegfall von Pausen in einer Größenordnung von dreieinhalb Stunden in der Woche (natürlich ohne zusätzliche Bezahlung), zuschlagsfreie Arbeit an 25 Samstagen, die einseitig von der Firma bestimmt werden können, und eine flexiblere Verteilung der Arbeitszeit (»atmende Fabrik«). Mehr als zwei weitere Jahre »Beschäftigungssicherung« sei dafür aber nicht drin. Um das zu unterstreichen spielte das Management der Presse während der Verhandlungen eine interne Studie zu, derzufolge möglicherweise bis 1998 selbst bei Beibehaltung der 28,8-Stunden-Woche etwa 30 000 Arbeitsplätze abgebaut werden müßten. Der Betriebsrat flankierte: Ohne Fortführung der verkürzten Arbeitszeit ständen unabhängig von der Produktivitäts- und Nachfrageentwicklung kurzfristig 30 000 Arbeitsplätze auf der Kippe.

Immerhin war die aktuelle Beschäftigungslage gut genug, daß die Verweigerung von Überstunden Ende August in Emden (ein arbeitsfreier Freitag, an dem 4000 Passat montiert werden sollten) und in Kassel, Hannover- und Salzgitter (Samstagsarbeit!) zu erheblichen Produktionsausfällen führten. VW drohte mit der Vergabe der Produktion ins Ausland – letztes Jahr war den VW-ArbeiterInnen in Brüssel mit Emden gedroht worden, nun wird den Emdenern mit Brüssel gedroht. Diesmal klappte die Koordination besser: Während der Eurobetriebsrat den Streik in Brüssel totgeschwiegen und gegen Streikbrucharbeit in Deutschland nicht vorgegangen war, konnte Volkert (natürlich auch Vorsitzender des Eurobetriebsrates) sofort versichern, daß es im Ausland keine Streikbrucharbeit geben werde.

In der Phase der Warnstreiks, nach Ablauf der Friedenspflicht am 30. August, zeigte sich, wie überaus sozialfriedlich die Flexibilisierung der Arbeitszeit auch im Konfliktfall wirkt. Die immer wieder strittige Frage, ob wegen Beteiligung an Warnstreiks der Lohn gekürzt wird, stellte sich bei VW nicht: alle Streikzeiten konnten die ArbeiterInnen mit ihren durch Überstunden gefüllten Zeitguthaben »bezahlen«. Es war offensichtlich, daß beide Seiten einen Streik nicht wollten, denn dieser hätte zum Ziel der Verhandlungen nicht gepaßt: »Beschäftigungssicherung« unterstreicht die Interessensidentität zwischen Kapital und ArbeiterInnen. VW war schnell bereit, von den Maximalforderungen etwas abzurücken und entschärfte das hochpolitisierte Thema Samstagsarbeit; es wurde in eine vage Vereinbarung über 12 Samstage gepackt. Über die Frage der Zustimmungspflichtigkeit gab es unmittelbar nach dem Abschluß am 12.9. Interpretationsstreit, der mittlerweile beigelegt sein soll. Aber die Zuschläge wurden von 50 auf 30 Prozent gesenkt. Den eigentlichen Gewinn zieht VW aus der Neufassung der »persönlichen Bedürfnis- und Erholzeiten«. Das sind Pausen, die in den 70er Jahren als »Humanisierung« der Fließband- und Akkordarbeit

vereinbart in vielen Tarifverträgen vereinbart wurden. Diese Zeiten können in Zukunft auf Arbeitsunterbrechungen wegen technischer Störungen, Materialmangel, Qualitätsproblemen und Instandhaltungsarbeiten angerechnet werden. Und es kommt noch besser: *»Zeiten und Tätigkeiten, die gegenüber einer taktgebundenen Arbeit einen Belastungswechsel beinhalten und erholungswirksam sind, können auf die Erholzeit angerechnet werden.«* (Punkt 2.1.1 der Vereinbarung über Entlohnungsgrundsätze vom 12.9.95) Daß es hier zu Interpretationsschwierigkeiten kommen wird ist klar, daher wurde in Punkt 2.2 für den Fall der Nichteinigung festgelegt, daß von den bisherigen 5 Minuten pro Stunde allemal nur noch 2,5 Minuten zu zahlen sind.
Allein durch die Pausenregelung wird die Lohnerhöhung von vier Prozent mit einer Laufzeit von 19 Monaten voll kompensiert. Zweiter wichtiger Punkt, der dann in Hannover den Protest auslöste, ist die Arbeitszeitflexibilisierung. Der Korridor geht bis 38,8 Stunden, erst danach müssen Überstunden bezahlt und mit Zuschlägen versehen werden (etwas vereinfacht gesagt). Da in vielen Abteilungen ständig Überstunden gefahren werden (s.o. wie hätte sonst die Ablehnung von Mehrarbeit ein Kampfmittel sein können), bedeutet der Tarifabschluß für viele einen drastischen **Lohnverlust**. Im Transporterwerk in Hannover-Stöcken (ca. 15 000 Beschäftigte) werden regulär 32,5 Stunden gearbeitet und bezahlt. Ab 1. Januar wird es nur noch für 28,8 Stunden Lohn geben, also nur 87 Prozent des jetzigen, der Rest soll irgendwann einmal abgebummelt werden (vielleicht bei den nächsten Warnstreiks?). Hinzu kommt noch der Wegfall der Pausen, der in Hannover besonders reinschlägt. Um die Produktion überhaupt hinzukriegen, arbeiten hier zwangsversetzte ArbeiterInnen aus Emden und Salzgitter.

»Wovon Lopez nur träumte, schafften die von meinen Beiträgen bezahlten Funktionäre in 36 Stunden.«

So kommentierte ein Arbeiter aus Hannover das Ergebnis. Als die Frühschicht am Mittwoch morgen die Details des Abschlusses erfahren, bestürmen sie die Vertrauensleute. Kurz nach zehn Uhr schmeißen die ArbeiterInnen im Rohbau und in der Lackiererei die Arbeit hin. Die Vertrauensleute haben keine Lust, den Leuten ein Ergebnis zu erklären, das sie auch beschissen finden: »Geht doch selbst rauf zum Betriebsrat!« Einige hundert stürmen eine Sitzung des Betriebsrats, der Vorsitzende kommt in dem Tumult und Gebrülle nicht mehr zu Wort. Um elf Uhr steht auch das Montageband, da kein Nachschub mehr kommt. Als schließlich die 300 Vertrauensleute über den Tarifabschluß abstimmen, gibt es nur fünf Enthaltungen. Alle anderen stimmen gegen den Vertrag. Die IGM erklärt Hannover zum »Sonderfall«. Die Arbeitsniederlegung dauert etwa

eineinhalb Stunden, die Kraft, den Streik jetzt aufzunehmen, gibt es hier auch nicht.
Aus Sorge vor weiteren Protesten wird die vorgesehene Betriebsversammlung um einige Tage verschoben und anders als sonst für jede Schicht einzeln durchgeführt. Zum ersten Mal führt der Werkschutz Taschenkontrollen bei einer Betriebsversammlung durch, um zu verhindern, daß Eier, Tomaten oder ähnliche Wurfgeschosse in den Versammlungsraum gelangen. Viele ArbeiterInnen kündigen ihren Austritt aus der IGM an.
Ein unabhängiger Betriebsrat versucht die örtliche Presse auf die Kritik der ArbeiterInnen in Hannover aufmerksam zu machen und fordert sie auf, weiter darüber zu berichten. Bedauernd wird ihm mitgeteilt, daß dies von »ganz oben« nicht gewünscht werde. Ministerpräsident Schröder kann in seinem Kampf um den Automobil-Standort Deutschland bzw. Niedersachsen keine weiteren Irritationen um den wegweisenden Tarifabschluß gebrauchen.
In ihrem Triumpf-Flugblatt (*»Beschäftigungssicherung ist zum 'Dauermodell' geworden«*) zitiert die IGM lobende Pressestimmen zum Abschluß, u.a. die Frankfurter Rundschau: *»Unter den erschwerten weltwirtschaftlichen Bedingungen haben die stark mobilisierten VW-Beschäftigten und ihre Gewerkschaft nicht wenig erreicht: Einseitige Deregulierung durch die Arbeitgeberseite – wie in anderen Branchen – wurde abgewehrt. Die Gewerkschaft und die Betriebsräte bleiben mitbestimmende, mitgestaltende Kräfte.«*
Fragt sich nur, wobei? ■

Skizzen zur Weltsystemanalyse

Das kürzlich auf deutsch erschienene Buch von Wallerstein (*Die Sozialwissenschaft »kaputtdenken«*) ist eine ziemlich zusammengestoppelte Sammlung von unterschiedlichen Aufsätzen, von denen aber einige durchaus anregend für unsere Diskussion sein könnten. »Es wäre ein riesiger Fortschritt wenn es gelänge, ... das amerikanische Fernand Braudel Center, die westdeutsche Wildcat-Initiative, ... die in Norditalien und Frankreich überlebenden Reste des Operaismus .. usw. zu verdichten und auf diese Weise die Herausbildung eines quicklebendigen neuen proletarischen Internationalismus gegen die global formierte herrschende Klasse zu unterstützen.« (Karl Heinz Roth *Die Wiederkehr der Proletarität*, S. 277 f.) Wo wir schon in so engen Kontakt mit Wallersteins Institut gebracht werden sollen, müssen wir doch zumindest mal seine wichtigsten Texte genauer diskutieren – auch wenn die akademische Sprache oft sehr nervt. Ich skizziere deshalb im folgenden ein paar Linien und Gedanken sowohl aus dem neuen Buch wie aus dem kleinen Bändchen *Der historische Kapitalismus*, das vor über zehn Jahren erschienen ist. Eine politische Besprechung ist das noch nicht, aber vielleicht eine Anregung, sich mal genauer mit der »Weltsystemanalyse« zu beschäftigen. Klasse wäre natürlich, wenn GenossInnen, die sich bereits mit Wallerstein beschäftigt haben, in den nächsten Zirkularen mal was dazu schreiben würden. (Wer die besprochenen Bücher erstmal genauer durcharbeiten will und vom hohen Preis abgeschreckt ist, soll sich melden, man kann die Sachen ja auch kopieren.)

I Wallerstein, Immanuel: *Der historische Kapitalismus*, Argument-Verlag, Hamburg 1984 (Original-Ausgabe: Historical Capitalism, London 1983)

II Wallerstein, Immanuel: *Die Sozialwissenschaft »kaputtdenken«. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts*, Weinheim 1995 (Original-Ausgabe: Unthinking Social Science, Cambridge 1991)

Die von Wallerstein betriebene und propagierte »Weltsystemanalyse« gibt es unter diesem Namen seit etwa 15 Jahren. Als Perspektive entstand sie in den 70er Jahren infolge der Kritik an den herrschenden Ansichten in den verschiedenen Sozialwissenschaften. Wie der Name schon sagt, versucht die »Weltsystemanalyse« das kapitalistische Weltsystem zu analysieren und

> *»... leugnet, daß der ›Nationalstaat‹ in irgendeiner Form eine relativ autonome ›Gesellschaft‹ repräsentiert, die sich mit der Zeit ›entwickelt‹.« (II, 317)*

Stattdessen werden die heutigen Nationalstaaten als Glieder in einem zwischenstaatlichen System verstanden, das sich das kapitalistische Weltsystem etwa

zwischen 1497 und der Mitte des 19. Jahrhunderts gegeben hat.

»In der wirklichen Welt des historischen Kapitalismus haben fast alle Warenketten, die irgendeine Bedeutung hatten, diese Staatsgrenzen überschritten. ... Der Nationen übergreifende Charakter der Warenketten war in der kapitalistischen Welt des 16. Jahrhunderts genauso wahrhaftig beschreibbar wie er es in der des 20. Jahrhunderts ist.« (I, 26) [1]

Der Mechanismus, der sicherstellt, daß die Sozialwissenschaften nichts Wesentliches zur Analyse und Kritik des kapitalistischen Weltsystems beitragen können, besteht gerade darin, daß sie die scheinbare Trennung zwischen wirtschaftlicher Arena und politischer Arena (die vorgeblich aus separaten, eigenständigen Staaten besteht) nachvollziehen und in ihren »Disziplinen« abbilden: die Politologie für die »Politik«, die Ökonomie für das »Wirschaftliche«, die Soziologie für die Prozesse in der Gesellschaft (Wallerstein macht sich einen Spaß daraus zu zeigen, daß keine dieser »Gesellschafts«-Wissenschaften definieren kann, was sie mit »Gesellschaft« meint, z.B. II, 78 ff. + 290 ff.).
Für jede ernsthafte Analyse irgendeines Prozesses ist es also unabdingbar, die Staatsgrenzen zu überschreiten und das gesamte kapitalistische Weltsystem ins Visier zu nehmen.

In der Geschichte gab es zwei Arten von Weltsystemen: das Weltimperium und die Weltwirtschaft (daneben gab es wohl auch immer etwas, das Wallerstein »Minisysteme« nennt, worüber wir aber bis heute sehr wenig wissen). Das meiste, was wir über die Zeit von 8000 v.Chr. und 1500 n.Chr. wissen, ist die Geschichte von Weltimperien, weil diese die Kulturgeschichtsschreiber hervorbrachten, die ihre Geschichte aufschrieben. Weltwirtschaften waren in dieser Epoche eine »schwache Form«, die niemals lange überlebten, sondern entweder zerfielen oder von einem Weltimperium aufgesogen wurden.

»Um 1500 gelang es einer solchen Weltwirtschaft, diesem Schicksal zu entgehen. Aus Gründen, die noch geklärt werden müssen, entstand das ›moderne Weltsystem‹ aus der Konsolidierung einer Weltwirtschaft. Es hatte also die Zeit, um sich voll und ganz zum kapitalistischen System zu entwickeln. Durch ihre innere Logik expandierte diese kapitalistische Weltwirtschaft über den gesamten Erdball und absorbierte dabei alle bestehenden Minisysteme und Weltimperien. Somit gab es am Ende des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal nur ein historisches System auf dem Globus. In dieser Situation befinden wir uns noch heute.« (II, 294)

Vor allem in seinem neuen Buch geht Wallerstein allen Sozialwissenschaften an den Kragen. Er kritisiert sie als Newton'sche Wissenschaften des 19. Jahrhunderts (auch Marx müsse als Denker des 19. Jahrhunderts begriffen werden, aber »die sechs Hauptthesen im Werk von Marx« sind für uns nach wie vor sehr brauchbar).[2] Sie entstehen mit der Herausbildung der modernen National-

staaten und sind so angelegt, daß sie diese legitimieren. Sie vertreten einen Begriff von exakter, reproduzierbarer Wissenschaft auch heute noch, wo solche Ansichten in den Naturwissenschaften längst hinterfragt werden (Wallerstein stützt sich recht stark auf die Chaostheorie und auf Prigogine).
Gegen die unhinterfragte Grundannahme aller Sozialwissenschaften (die auch von Marx übernommen worden sei –> »siebte These«) bezweifelt Wallerstein, daß der Kapitalismus ›Fortschritt‹ gegenüber den vorhergehenden Weltsystemen darstellt.
Wallerstein geht davon aus, daß der historische Kapitalismus in eine Endphase eingetreten ist (bereits Anfang dieses Jahrhunderts).

»Der historische Kapitalismus ist im frühen 20. Jahrhundert in diese Strukturkrise eingetreten und wird sein Ableben als historisches System wahrscheinlich im nächsten Jahrhundert erleben. Es ist riskant, vorherzusagen, was folgen wird. Was wir jetzt tun können, ist, die Dimensionen der Strukturkrise selbst zu analysieren und zu versuchen, die Richtung zu erkennen, in die sie uns trägt.« (I, 80)

Wir leben im Übergang (eine Phase von vielleicht 100 - 200 Jahren) vom historischen Kapitalismus zu einem anderen Weltsystem. Mit einer bedeutenden Beschleunigung seit 1945:

»Die Transformation der kapitalistischen Weltwirtschaft seit 1945 war in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Die absolute Expansion der Weltwirtschaft - hinsichtlich Bevölkerung, produziertem Wert, akkumuliertem Reichtum - war wahrscheinlich genauso groß wie im gesamten Zeitraum von 1500-1945. Die politische Stärke der systemfeindlichen Kräfte war unglaublich größer als vor 1945.« (II, 138)

Dieser Übergang kann entweder die Form einer »kontrollierten Revolution« à la frz. Revolution annehmen, bei der die Herrschenden gegen die Kämpfe der Ausgebeuteten eine andere Form von Herrschaft und Ausbeutung einführten, oder die Form einer »Dekadenz« wie am Ende des römischen Imperiums. Wallerstein selber trägt Anzeichen zusammen, die eher auf den zweiten Fall hindeuten, daher sein Optimismus.

»Schließlich wäre es gut, unsere Metapher des Übergangs zu überdenken. Seit dem späten 19. Jahrhundert sind wir in eine Pseudo-Debatte über evolutionäre gegen revolutionäre Wege zur Macht verstrickt. Beide Seiten waren im Prinzip immer reformistisch, weil beide Seiten glaubten, daß der Übergang ein kontrollierbares Phänomen sei. Ein Übergang, der kontrolliert und organisiert abläuft, ist daran gebunden, eine gewisse Kontinuität der Ausbeutung beizubehalten. Wir müssen unsere Angst vor einem Übergang verlieren, der die Form von Zerschlagung und Auflösung hat. ... Vielleicht sind ›Revolutionen‹ sogar tatsächlich nur ›revolutionär‹ in dem Maße, wie sie sich für solch eine Zerschlagung einsetzen. Organisationen können wichtig sein, um die Kruste anfangs aufzubrechen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob sie tatsächlich eine neue Gesellschaft schaffen können.« (II, 203)

»Im Laufe der Zeit sind wir dem Punkt ein entscheidendes Stück näher gekommen, an dem die Pools an kostengünstiger Arbeitskraft, die es bislang gegeben hat, erschöpft sein werden. Wir sind dabei, den Grenzbereich zu erreichen. Praktisch alle Haushalte sind zumindest halb-proletarisiert. Und wirtschaftliche Stagnationen haben weiterhin zum Ergebnis, daß Teile dieser halb-proletarisierten Haushalte in proletarisierte umgewandelt werden. .... Und ich meine, daß die nächsten 30 Jahre überzeugend beweisen werden, daß es für das Kapital politisch schwieriger ist, proletarisierte Bevölkerungen zu ›marginalisieren‹, als es für Teile der Arbeiterklasse ist, sich selbst zu ›proletarisieren‹.« (II, 139)

»... der historische Kapitalismus steckt gerade deshalb in der Krise, »weil er in der Verfolgung der endlosen Akkumulation von Kapital beginnt, sich dem Daseinsstand zu nähern, den Adam Smith als ›natürlich‹ für den Menschen verfocht, der aber historisch nie existierte«. (I, 80)

Was nach 500 Jahren Kapitalismus »überrascht, ist nicht, daß es so viel Proletarisierung, sondern, daß es so wenig gegeben hat .... man kann nicht sagen, daß der Umfang vollproletarisierter Arbeit in der kapitalistischen Weltwirtschaft heute auch nur 50 Prozent erreicht hätte.« (I, 18) Dieses Phänomen läßt sich nur mit den Gegenmaßnahmen der Kapitalisten begreifen, denn:

»Eine der wichtigsten Kräfte hinter der Proletarisierung war tatsächlich die Weltarbeiterschaft selbst. Sie hat begriffen, oft besser als ihre selbsternannnten intellektuellen Sprecher, wie viel größer die Ausbeutung im halbproletarisierten als im vollständig proletarisierten Haushalt ist.« (I, 31)

Das Proletariat hat historisch und strukturell ein Bedürfnis, sich ganz zu proletarisieren; das Kapital hat gegen diesen Trend historisch immer wieder Gesetze (und Staaten!!) erfunden, um die ausgebeutete Klasse zu großen Teilen im Zustand der Semiproletarität zu halten (das lenkt den Blick auf die Rolle der unentlohnten Hausarbeit, kleine Subsistenzproduktion usw.). Ganz proletarisierte Schichten haben nämlich die unangenehme Eigenschaft, sehr viel höhere Löhne zu verlangen und durchzusetzen. Damit erklärt sich auch der kapitalistische Expansionsdrang: gegen den Verfall der Profitraten in den Zentren müssen immer neue Peripherien erschlossen werden - nicht als Absatzmärkte, sondern als Märkte von (semiproletarisierter) Arbeitskraft. (I, 33)

Um auch in den Metropolen Teile der Arbeitskraft »semiproletarisch« zu halten, sind zwei kapitalistische Strategien wichtig: Sexismus und Rassismus. Sexismus basiert auf der »soziale(n) Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit«, welche »den Arbeiterklassen« vom Kapitalismus »aufgezwungen« wurde.

»De facto wurde produktive Arbeit als Geld-verdienende Arbeit (vornehmlich Lohnarbeit) definiert und nichtproduktive Arbeit als solche, die, obwohl sehr notwendig, nur Tätigkeit für die ›Subsistenz‹ war und deshalb, so sagte man,

keinen ›Mehrwert‹ produzieren könne, den sich jemand anders möglicherweise aneignen könne.« (I, 19)

Es gab in vielen historischen Systemen spezielle Formen der Unterdrückung der Frau, diese Form ist aber dem Kapitalismus eigen. Nur sie kann ›Sexismus‹ genannt werden. Das gleiche gilt für den ›Rassismus‹: auch in früheren Kulturen gab es Xenophobie, aber die Gleichsetzung von untersten Schichten im Proletariat mit ethnischen Kategorien ist dem Kapitalismus eigen – Rassismus gibt es erst im Kapitalismus.

»Besonders die ›niedrigste‹ Klassenkategorie und die ›niedrigste‹ ethnische Schicht überlappen sich sehr stark. Diese einfache Tatsache ist die Wurzel dessen, was wir Rassismus nennen.« (II; 103)

»Was wir mit Rassismus meinen, hat wenig mit der Xenophobie in verschiedenen vorangegangenen Systemen zu tun. Xenophobie war buchstäblich das: Angst vor dem ›Fremden‹. Rassismus innerhalb des historischen Kapitalismus hat nichts mit ›Fremden‹ zu tun. Ganz im Gegenteil. Rassismus ist die Art und Weise, durch die verschiedene Segmente innerhalb der gleichen ökonomischen Struktur in ihrer Verbindung miteinander eingeschränkt wurden. Rassismus war die ideologische Rechtfertigung der Hierarchisierung der Arbeiterschaft und [ihrer] hochgradig ungleichen Einkommensverteilung. Was wir mit Rassismus meinen, ist dieser Satz ideologischer Erklärungen kombiniert mit einem Satz fortgesetzter Praktiken, die die Konsequenz hatten, daß über die Zeit eine hohe Korrelation zwischen Ethnizität und Zurodnung von Arbeitskräften erhalten wurde.« (I, 68)

Außerdem diente Rassismus dazu, »Gruppen in ihrer eigenen Rolle in der Ökonomie zu sozialisieren.« (I, 68)

»Ethnizität schuf eine kulturelle Kruste, welche die Muster halbproletarischer Haushaltsstrukturen konsolidierte. Daß das Herausbilden einer solchen Ethnizität auch eine Rolle in der politischen [Hervorhebung von mir] Spaltung der Arbeiterklasse spielte, war ein politischer Bonus für die Arbeitgeber, war jedoch, glaube ich, nicht die wichtigste Antriebskraft in diesem Prozeß.« (I, 23)

Die Asyl- und Einwanderungspolitik der kapitalistischen Zentren ist ein schlagendes Beispiel für diese (staatliche) Politik: das Kapital braucht dringend neue Arbeitskräfte, aber deren Drang, ›freier Lohnarbeiter‹ zu werden, muß so stark wie möglich abgebremst werden.

»Die Ethnisierung der Weltarbeitskraft hat drei Dinge geleistet, die wichtig für das Funktionieren der Weltwirtschaft waren. Erstens hat sie die Reproduktion der Arbeitskraft möglich gemacht, nicht im Sinne der Versorgung von Gruppen mit ausreichendem, zum Überleben notwendigem Einkommen, sondern im Sinne der Versorgung einer ausreichenden Zahl von Arbeitern aller Kategorien, die ange-

messene Einkommenserwartungen haben sowohl im Hinblick auf den gesamten Umfang als auch auf die Gestaltung der Haushaltseinkommen. Darüber hinaus war die Zuordnung von Arbeitskraft gerade deswegen beweglich, weil sie ethnisiert war. Eine ausgedehnte geographische und berufliche Mobilität wurde durch die Ethnizität nicht schwieriger, sondern einfacher. Unter dem Druck der sich wandelnden ökonomischen Bedingungen brauchte man, um die Zuordnung der Arbeitskraft zu verändern, nur einige einzelne Unternehmer, die in der geographischen und beruflichen Umsiedlung die Führung übernahmen und dafür belohnt wurden. Sofort gab es einen ›natürlichen‹ Schub der anderen Mitglieder der ethnischen Gruppe, ihren Standort in der Weltwirtschaft zu verlegen.
Zweitens lieferte die Ethnisierung einen eingebauten Trainingsmechanismus für die Arbeiterschaft, der sicherstellte, daß ein großer Teil der Sozialisierung in beruflichen Aufgaben innerhalb des Rahmens ethnisch definierter Haushalte geleistet wurde und nicht auf Kosten der Arbeitgeber oder der Staaten.
Drittens und vielleicht am wichtigsten hat die Ethnisierung die Einordnung von beruflichen/ökonomischen Rollen verkrustet und damit einen einfachen Code für die durchgehende Einkommensverteilung geliefert – und dabei einen, der in die Legitimierung von ›Tradition‹ gekleidet war.« (I, 67)

Weil das Kapital sich heute wirklich weltweit ausgebreitet hat, sieht Wallerstein die historischen Rahmenbedingungen für revolutionäre Kämpfe positiv:

»... wenn die Textilarbeiter[Innen] morgen in allen NICs (Neu Industrialisierende Länder) 20% mehr Lohn erhielten, hätten die Aufkäufer solcher Textilien nur die Wahl, sich anderen, gleich teuren Zonen zuzuwenden. Sie könnten das in dieser Gegend tun. Oder sie könnten nach neuen NICs Ausschau halten. Die Schlacht hätte ihre Hochs und Tiefs. In einer Weltwirtschaft aber, und das ist der entscheidende Punkt, die im Begriff ist, ihre Reserve-Arbeitskräfte auszuschöpfen, hätte eine solche Schlacht weit mehr Hochs als Tiefs.« (II, 148) Denn die Kapitalisten sind »jetzt, im Gegensatz zu früher, durch die ursprüngliche Strategie eines ›Klassen‹-Kampfes verwundbar, weil die Weltwirtschaft ihre geographischen Grenzen erreicht hat.« (II, 149)

»Systemfeindliche Bewegungen«

Wir sind demzufolge heute wieder an dem Punkt, wo Klassenkampf möglich und siegreich werden kann, als radikale, einfache Forderung nach mehr Einkommen und besserem Leben – denn das Kapital kann diesen Kämpfen nicht mehr ausweichen. Wie sich Klasse in solchen Kämpfen konstituiert: Dazu findet sich bei Wallerstein allerdings nichts. Auch weil er es sich sehr einfach macht: die Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit habe Marx von Saint Simon übernommen und weitergeführt, weil er damit an seiner These von der Tendenz zur freien Lohnarbeit habe festhalten können – diese sei aber falsch.

Den Antagonismus zum kapitalistischen Weltsystem macht Wallerstein an den »systemfeindlichen Bewegungen« fest. Sie haben mit der »Weltrevolution« von 1968 eine epochale Kritik an den vorhergegangenen systemfeindlichen Bewegungen geleistet:

- im kapitalistischen Westen die Sozialdemokratie als integralen Bestandteil der kapitalistischen Herrschaft demaskiert;
- im Realsozialismus den Bolschewismus kritisiert;
- im Süden die nationalen Befreiungsbewegungen als neue Herren.

Wallerstein wird sehr präzise, wo es um die Strategie dieser Bewegungen geht.

»Die lokalen und lokalisierten Forderungen nach größerer Beteiligung und höherem Realeinkommen, das heißt also, der weltweite Widerstand der Produzenten an den Orten der Produktion (wobei ich diesen Begriff im weitesten Sinne benutze) führt zu einer politischen Mobilisierung und zur Umverteilung auf wirtschaftlicher Ebene. Er nimmt den Vertretern des status quo auch einige ihrer besten Waffen: die politische Spaltung in proletarische und halb-proletarische Haushalte (national und weltweit) und den Aufruf, zugunsten des Staates Opfer (von dem Mehrwert, den jeder produziert) zu bringen.« (II, 150) »Wenn man darauf besteht, daß der Mehrwert von den Produzenten einbehalten wird, das heißt, auf größerer Gleichheit und mehr demokratischer Beteiligung, so könnte das eine verheerende Wirkung haben, und das ist keineswegs utopisch. Das große Hindernis dafür sind heute weniger die Großkapitalisten als die systemfeindlichen Bewegungen selber.« (II, 151)

Die Krise, die wir heute erleben »ist keine Krise des Staatensystems, das in seiner ursprünglichen Mission, die Hierarchisierung zu erhalten und oppositionelle Bewegungen im Zaum zu halten, immer noch gut funktioniert. Die politische Krise ist die Krise der systemfeindlichen Bewegungen selbst. Als die Unterscheidung zwischen sozialistischen und nationalistischen Bewegungen zu verschwimmen begann und immer mehr dieser Bewegungen die Staatsmacht erhielten (mit all ihren Grenzen), hat die weltweite Gesamtheit dieser Bewegungen eine Neubewertung all der frommen Rücksichten erzwungen, die aus den ursprünglichen Analysen des 19. Jahrhunderts stammen. Wie der Erfolg der Akkumulierenden mit der Akkumulation eine zu weitgehende Verwandlung der Dinge in Waren schuf, so hat der Erfolg der systemfeindlichen Bewegungen, die Macht in Besitz zu nehmen, eine zu große Verfestigung des Systems geschaffen, die die Zustimmung der weltweiten Arbeiterschaft zu dieser Strategie, die ihre Beschränkung in sich trug, zu durchbrechen droht.« (I, 81)

J./Berlin

Anmerkungen:

[1] Den Ansatz und das Untersuchungsprogramm der Weltsystemanalyse versteht man vielleicht am einfachsten aus folgender Kurzcharakteristik einer kapitalistischen Weltwirtschaft (II, 317 f.):

1) die unaufhörliche Akkumulation von Kapital als treibende Kraft;
2) eine axiale Arbeitsteilung, in der es eine Zentrum-Peripherie-Spannung gibt;
3) die strukturelle Existenz einer halbperipheren Zone;
4) die große und stetige Rolle von Nicht-Lohnarbeit neben der Lohnarbeit;
5) die Grenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft fallen zusammen mit denen eines zwischenstaatlichen Systems aus ›souveränen Staaten‹;
6) die Ursprünge dieser kapitalistischen Weltwirtschaft liegen vor dem 19. und vermutlich im 16. Jahrhundert;
7) die kapitalistische Weltwirtschaft hat in einem Teil der Erde (größtenteils Europa) angefangen und hat sich von dort aus über die gesamte Erde ausgebreitet;
8) in diesem Weltsystem rücken immer wieder andere Staaten an die hegemoniale Position;
9) Staaten, ethnische Gruppen und Haushalte haben selbst keinen ursprünglichen Charakter, sondern wurden ständig geschaffen und neu geschaffen;
10) Rassismus und Sexismus haben grundsätzliche Bedeutung als organisierende Prinzipien des Systems;
11) es entstehen immer wieder systemfeindliche Bewegungen, die das System gleichzeitig unterhöhlen und sützten;
12) »ein Muster von zyklischen Rhythmen und säkularen Trends, das die inhärenten Widersprüche des Systems verkörpert und die Systemkrise erklärt, in der wir uns gegenwärtig befinden.«

[2] II, S. 193 f.: Die sechs richtigen und die siebte - falsche - Thesen von Marx:

1) Die soziale Realität ist ein Prozeß von unendlichen Gegensätzen, die nur dialektisch verstanden werden können.
2) Der Kapitalismus ist ein Prozeß unaufhörlicher Kapitalakkumulation.
3) Er wandelt Produktionsprozesse so um, daß sie Mehrwert schaffen, den die Bourgeoisie sich aneignet.
4) Er polarisiert die soziale Organisation, so daß das Proletariat immer mehr verelendet.
5) Der Staat ist ein Instrument der kapitalistischen Unterdrückung.
6) Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann nicht evolutionär sein; er kann nur revolutionär sein.

Die »siebte These von Marx« sei dagegen »eindeutig falsch«: »These Nummer sieben lautet, daß der Kapitalismus einen Fortschritt gegenüber vorher existierenden Formen darstellt und daß er unweigerlich von der Morgenröte der klassenlosen Gesellschaft abgelöst wird.« (II, 201)

Der folgende Text wurde angeregt durch den Beitrag im Zirkular 18 (Interview mit einer Hamburger Lehrerin) und dem aktuell hier vor Ort stattfindenden Schauspiel um eine neue Pflichtstundenverordnung für die Hessischen Schulen. Das ganze ist schon eher kurz und in großen Bögen geschrieben. Ich denke, daran ist noch viel Diskussion möglich und nötig, aber vielleicht liest es sich ja auch so schon ganz passabel.
Ich fände es gut, wenn die Leute aus diesem Arbeitsbereich, also Soz. Arb., Soz. Päd., ErzieherInnen, LehrerInnen etc., sich in den Zirkular-Beiträgen öfter mal zu Wort meldeten. Leider gehen denen, die in den sozialen Berufen stecken (Schule inklusive) doch zu oft die Verbindungslinien zu den anderen Bereichen der Vergesellschaftung verloren. Ich denke, auch aus einer gewissen Betriebsblindheit heraus. Daran wäre zu arbeiten, damit sich das mal ändert.
Ich schicke auf jeden Fall noch einen Veranstaltungshinweis mit. Die Thematik ist beileibe nicht so trocken und kopflastig, wie das der kurze Ausschnitt aus der Einladung zur 'Volks-Uni' vermuten läßt. Bei der Berliner Veranstaltung war jedoch viel zu wenig Zeit, um die Menge der angerissenen Aspekte eingehend zu besprechen. Deshalb wird diesmal auch ein Tagesseminar daraus werden, so daß die Chance besteht, sich mit einzelnen Themenbereichen länger zu befassen. Genaueres dazu später, jetzt aber erstmal:

NICHT FÜR DIE SCHULE ...

Unter der Überschrift 'Betroffene probten den Aufstand' berichtete eine Lokalzeitung im Kreis Offenbach über eine Veranstaltung mit dem Hessischen Kultusminister Holzapfel in Dreieich.
1000 Menschen hatten sich zu dem Diskussionsabend eingefunden. Mit ca. 400 hatten die VeranstalterInnen im voraus gerechnet. Im Einklang hatten Elternbeiräte, Schulleiter und LehrerInnen für den Abend mobilisiert.
Thema des Abends: 'Hessens Schulen in Not'.
Hintergrund dabei: eine neue Pflichtstundenverordnung, die den LehrerInnen an Hessens Schulen je eine Stunde Unterricht mehr in der Woche vorschreibt. Dagegen regt sich im ganzen Land der Protest der betroffenen LehrerInnen (inclusive SchulleiterInnen, denn denen wird auch eine Pflichtstunde Unterricht mehr aufgebrummt).
Der Abend in Dreieich verlief dann so, wie das zumeist bei derlei Anlässen der Fall ist. Kultusminister und Abgeordnete der Regierungsfraktionen erklärten die Notwendigkeit zu sparen ("1995 ist eine Zäsur - jetzt fängt das Teilen an in Deutschland"). Eltern und LehrerInnen bekunden Verständnis für die 'angespannte Finanzlage' und reklamieren dennoch, das Sparen sollte dann eben in anderen Bereichen stattfinden, worauf der KuMi und Spezies auf die 'vielfälti-

gen Anstrengungen der Landesregierung zur Konsolidierung des Haushalts' hinweisen kann ... blablabla.
Außen vor bleibt bei der ganzen Auseinandersetzung stets die Frage nach dem Sinn der täglichen Plackerei. Es steht scheinbar nicht in Frage, daß Schule - und zwar so wie sie hier und heute verfaßt ist, in staatlicher Regie - der richtige Weg ist, die jeweils nachfolgende Generation zu 'bilden'.
Genau diese Frage aber vermittelt erst die Möglichkeit, über solch defensive und letztlich unfruchtbare Auseinandersetzungen wie die gerade kurz skizzierte endlich mal hinaus zu kommen. Wenn sich LehrerInnen gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitssituation wehren, so ist das natürlich das normalste und notwendigste auf der Welt. Der Fehler dabei liegt jedoch in der Beschränkung der Kraftentfaltung.
Auch in der staatlichen Schule bietet sich die Chance, die Teilbereichsoptik aufzuheben und die tatsächliche Verknüpfung aller gesellschaftlicher Bereiche alltäglich zu thematisieren und dadurch zu einem neuen Niveau der Auseinandersetzung zu kommen. Dazu gehört aber, daß sich die LehrerInnen (als diejenigen, die bei der ganzen Veranstaltung vorerst im 'Mittelpunkt' stehen) mit einer kritischen Haltung an ihre 'Aufgabe' begeben.
Schule ist der Ort , an dem Qualifikation, Sozialisation, Selektion der 'Jugend', sowie die Legitimation gesellschaftlicher Zustände stattfindet. Diese vier Aspekte der 'Bildung' der nachfolgenden Generation zu garantieren, das ist die Aufgabe der LehrerInnen. Insofern sind sie Agenten des Bestehenden gegen die unterstellte Unberechenbarkeit der 'Jugend'.
Wie die Prozesse ablaufen, denen die Kinder und Jugendlichen da tagtäglich über 9, 10 oder mehr Jahre unterworfen werden, brauche ich hier nicht näher zu beschreiben. Wir waren alle lange genug Stammgäste in diesem Theater. Darum nur ein paar kurze Bemerkungen dazu.
Als SchülerIn bist Du nicht mehr 'Herr Deiner selbst', Du gibst Deine Selbstbestimmungsrechte an der Eingangstür ab. Übertrieben? Naja, ein Sundenplan bestimmt, WANN Du WO mit WEM WAS zu tun hast. Pausen werden Dir vorgeschrieben. Den Ort Deiner 'Bildung' zu verlassen ist Dir qua Schulgesetz und Schulordnung nicht gestattet. Erscheinst Du erst gar nicht auf der Bühne, so regelt ein gestaffelter Sanktionskatalog Deine Bestrafung. Die letzte Strafe dabei ist die zwangsweise Zuführung zu dem Dir vorgeschriebenen 'Bildungs-Prozeß'.
Das System der Schule als Ganzes hält nun aber – wir leben ja nicht mehr in Manchester-Zeiten – eine Fülle von Differenzierungen bereit, die die zu 'bildende Masse' (Plaste oder Elaste?) in möglichst viele kleine 'autonome' Elemente spaltet.
Passend zu der 'neuen Ideologie' des Systems, analog zu der 'neuen Produktionsweise', werden die jungen Menschen als möglichst mobile, in vielfältiger

Weise kompatible Produktions- und Konsumtionselemente herangebildet. Das läßt sich auch anders ausdrücken:
"Jede Person muß fähig sein, menschliches Kapital zu bilden und dieses Kapital während ihres ganzen Lebens weiterzuentwickeln, um ein effektiver Bürger und Produzent zu bleiben"; so die Version der 'Bildungs-Experten' des *european round table*, einer Organisation, der 40 der wichtigsten europäischen Konzernchefs angehören.
Die ArbeiterInnen und Angestellten der 'neuen Fabrik' müssen eben auch andere Qualifikationen mitbringen, als die der fünfziger Jahre. Wer sich an dem 'Kontinuierlichen Verbesserungs-Prozeß' zugunsten des Unternehmens adäquat beteiligen soll, der/die muß die Fähigkeiten dazu möglichst schon *vor* Eintritt in die Fabrik erworben haben. Das umfaßt sowohl psychische Bereiche, also 'Konfliktfähigkeit', 'Vertrauen', 'Selbstbewußtsein' (aber nicht zuviel und nur im richtigen Moment ...), als auch solche der sozialen Sphäre, also sowas wie Akzeptanz der Bedingungen, unter denen die Menschen da 'assoziiert' werden.
"... alle sind in Gruppen integriert, auch die Leiharbeiter. Diese Gruppen haben wöchentlich einmal Gruppensitzung. Der 'Gruppenkoordinator' wird von der Gruppe gewählt. Zur Gruppensitzung kann die Gruppe einladen, wen sie will, Werksleiter, Personalchef, Planer, Techniker, Meister u. a. Diese kommen (bisher) auch in jedem Fall und betonen, daß sie dafür auch jeden anderen Termin platzen lassen. Sie verkünden ständig solche Prinzipien wie: 'Dein Problem ist auch mein Problem'. Genauso soll es natürlich auch umgekehrt sein, daß die Gruppenarbeiter sich mit allen Problemen der Fabrik identifizieren. Es wird von der 'gläsernen Fabrik' geredet, in der alle die Probleme kennen, und jeder dazu beiträgt, sie zu lösen ..." (aus: Eine Neue Fabrik, von D./Köln, in Zirkular 19)
So ähnlich wird das für die Schule auch angelegt. Die Umstrukturierung des 'Bildungsprozesses' in einen nicht mehr ständig von außen (d.h. von LehrerInnen) gesteuerten, sondern einen von den SchülerInnen selbst am Leben erhaltenen und in der Umsetzung der Zielvorgaben relativ frei gelenkten, das ist das, was momentan als pädagogisches Modell in den Strukturreformplänen für die Schule seinen Niederschlag findet.
Die Zielvorgabe selber jedoch bleibt außen vor. Sie wird auch den SchülerInnen nicht explizit vorgehalten. Das System reproduziert sich selbst. Alle Beteiligten wissen schon, 'um was es geht'. Diejenigen, die das nicht früh genug mitkriegen, genauso wie die, die das zwar wissen, aber nicht damit einverstanden sind, werden über die schulinternen Selektionsmechanismen schon frühzeitig in die entsprechenden Bahnen gelenkt. 'Sonderpädagogischer Förderbedarf' nennt das das Hessische Schulgesetz im Orwellschen Neudeutsch ...
Und wenn halt trotz allem noch resistente Elemente in einer gymnasialen Ober-

stufe auftauchen, so bleibt der Sanktionskatalog in Händen der Schulbürokratie als letzte Möglichkeit weiterhin bestehen.

Und die LehrerInnen?
Die stecken mittendrin. Ihre Rolle ist die der Meister im Betrieb. Mit der Anforderung der Schulleitung und der Schulverwaltung nach Erreichen der 'Lernzielvorgabe' im Nacken, bedacht darauf, daß in ihrer Abteilung, pardon: Klasse, kein Band angehalten wird, kein zu großer Ausschuß produziert wird, keine Sabotage stattfindet und kein wilder Streik angezettelt wird.
Dafür werden sie bezahlt. (Erträglich sicherlich: "... besonders an den Grundschulen gibt es kaum KollegInnen, die Vollzeit arbeiten, weil ... das Geld auch ausreicht, wenn man etwas weniger arbeitet". - aus: Interview mit einer Hamburger Lehrerin ..., Zirkular 18)
Wenn es den LehrerInnen (nun) an den Geldbeutel geht, sprich ihnen Mehrarbeit droht, so sollen sie sich nur ruhig feste dagegen wehren. Aber sie sollten sich auch ihrer berufsspezifischen Lage bewußt sein. Da liegt nämlich auch die Chance. Es ist eben nicht trennbar. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, mehr Lohn, also bessere Lebensbedingungen muß sich verbinden mit den Kämpfen der anderen 'gesellschaftlichen Gruppen', die das gleiche Interesse haben.
LehrerInnen, die sich in ihren Kämpfen um mehr Lohn und weniger Arbeitsstreß mit Eltern und SchülerInnen gemeinsam auf die Straße begeben - und die am nächsten Tag, in der nächsten Woche oder vor den nächsten Zeugnissen Klassenbucheinträge wegen Zuspätkommens verteilen, Klassenarbeiten schreiben lassen, Fünfen und Sechsen verteilen, Sonderschuleinweisungen befürworten usw. usf. - werden kaum auf Solidarität hoffen können.

Der Verzicht auf die schulinternen Disziplinarmaßnahmen, die Verweigerung der Agententätigkeit im Sinne des Systems, keine Klassenarbeiten mehr schreiben lassen, Fünfen und Sechsen aus dem Notenspektrum verbannen, 'Unterricht' auf die Straße, in die Fabrik, ins Einkaufszentrum aufs Rathaus verlagern und dort sich einmischen gemeinsam mit den SchülerInnen, wo deren Eltern malochen, stempeln gehen oder Schlange stehen, ... die Möglichkeiten sind noch nicht mal zum kleinsten Teil ausgelotet.
Aus dem Interview mit der Hamburger Lehrerin im Zirkular 18 lese ich so'n bißchen was wie Aufbruchstimmung: "... wir sind alle ziemlich davon begeistert, daß wir uns kennenlernen. Wir arbeiten an benachbarten Schulen und stellen plötzlich fest, daß es an allen Schulen kämpferische, nette, aufgeschlossene KollegInnen gibt ...."

Das ist doch mal was Gutes.
Vielleicht wird ja noch was Besseres daraus. Logischerweise hat es einE einzelneR LehrerIn allein schwer, auch nur den Ansatz der Veränderung zu wagen (wobei ich aber gerade bei LehrerInnen nicht denke, daß das ganz unmöglich ist). Umsomehr ist der Zusammenschluß von KollegInnen außerhalb der bestehenden (gewerkschaftlichen) Organisationen zu begrüßen.
Der nächste Schritt ist jedoch m. E. der, sich über die berufsständische Organisierung hinaus mit anderen Gruppen ins Gespräch begeben, mit dem Ziel, die Erfahrungswelt, die sich in der Staatsschule auftut, zu erweitern, und zwar für die SchülerInnen UND die LehrerInnen.
Um Mißverständnisse zu vermeiden: dabei geht es nicht um die 'bessere Schule'. Die kann uns doch gestohlen bleiben. Es geht vielmehr um die Aneignung (oder auch Wiederaneignung) der Verfügungsgewalt über die an uns (und zwar 'lebenslänglich', siehe Zit. ert-Papier) vollzogenen 'Bildungs-Prozesse'.
In letzter Konsequenz steht dabei das System der Staatsschule in Frage und dabei auch die Rolle der LehrerInnen. Eine Konkretisierung der über das momentan verwirklichte 'Bildungs'-System hinaus gehenden Perspektiven kommt dann stets an den Punkt, an dem der Staat an sich und die bestehenden Verhältnisse Thema werden.
Das soll aber keineN davon abhalten, in dieser Richtung zu diskutieren, und auch zu arbeiten! Im Gegenteil, gerade die in diese Richtung gehenden Diskussionen und Aktionen sind in Zeiten wie diesen notwendig und unverzichtbar. Gegen die immer weiter fortschreitende Kommerzialisierung der Gesellschaft (*) hilft nur das hartnäckige Thematisieren der tatsächlichen Widersprüche und der Wille, die durch uns selber gehenden Brüche zu überwinden.

(*) ... es gibt z. Zt. ein ganzes Arsenal an Versuchen, die Menschen von der in Gang gesetzten Entwicklung 'abzulenken'. Wenn ich KollegInnen und Freunde beobachte, was sie in ihrer 'Freizeit' so tun, dann ergibt sich ein Bild von scheinbar unheimlich rührigen, geschäftigen, in vielfältigster Weise beschäftigten Leuten, die bei ihrer Freizeitgestaltung mit unglaublich vielen anderen Menschen in Kontakt kommen ... das reicht vom Urlaub in der Türkei bis zur Wochenendparty im U-Bahn-Tunnel. Daß dabei immer mehr der Kommerz die Hauptrolle spielt (mal ganz offen und aggressiv, mal eher dezent), daß ohne die Beteiligung von Sponsorenfirmen keine Sportveranstaltung, ohne Verdienstmöglichkeiten für Discobetreiber keine Fete, ohne Werbespots kein Kino mehr stattfindet, das ist schon als völlig normal gefressen.
Ebenso normal erscheint es zunehmend, daß zwischenmenschliche Beziehungen unter monetärer Vermittlung zustande kommen. Das betrifft Beratungsgespräche in allen möglichen Themenbereichen ebenso wie die Suche nach FreundInnen

durch Partnerschaftsanzeigen.
Wer auf dem 'Markt der Möglichkeiten' nicht erscheint, bleibt 'außen vor'. Das Ganze korrespondiert mit der Forderung 'menschliches Kapital zu bilden und lebenslang weiterzuentwickeln'. Die/der Größte ist, wer es schafft, sich seine Lebenstätigkeit 24 Stunden am Tag bezahlen zu lassen (möglichst gut, versteht sich).
Die Ausweitung der durch Geld geregelten Beziehungen bringt aber notwendigerweise eine Ausweitung der in geldvermittelten Beziehungen stets zu findenden Konkurrenz mit sich. Eine 'freie Assoziation' von Menschen wird dadurch tendenziell immer seltener. Das ganze stellt m. E. einen auf mehrere Generationen angelegten Gewöhnungsprozeß dar.
Ich kann diesem Prozeß nicht viel abgewinnen.

Veranstaltungshinweis dazu:

Kommt nach der schlanken Produktion die Verschlankung der Schule?

Eckpunkte einer Kritik an den Umbrüchen in der Produktion und ihren Auswirkungen auf die Staatsschule
Tagesseminar mit ROBERT SCHLOSSER, Technischer Redakteur, Bochum und KARL HEINZ SCHUBERT, Lehrer, Berlin. Eine Veranstaltung der IGEL initiative freie schule langen
Langen, Kulturhaus Altes Amtsgericht, Darmstädter Straße 27, Samstag, 25. November 1995, 10.00 - 18.00

Im Rahmen der Volks-Uni der Humboldt-Universität Berlin an Pfingsten 1995 erstmals durchgeführt, stellt das Tagesseminar überarbeitete Thesen zu den Wechselwirkungen der Entwicklungen im Produktionsbereich und der Schule zur Diskussion. Durch die Ausweitung des Blickwinkels über den jeweiligen Arbeitsbereich hinaus bietet die Veranstaltung sowohl LehrerInnen, SchülerInnen als auch Beschäftigten aller anderen Bereiche neue, zum Teil ungewohnte und überraschende Ansichten der Arbeits- und Lebenssituationen. Ziel der Veranstaltung ist es, miteinander ins Gespräch zu kommen und voneinander zu lernen. Deshalb richtet sich diese Einladung auch ausdrücklich an verschiedene (Berufs)Gruppen. Im Mittelpunkt der Diskussion werden die Erfahrungen der TeilnehmerInnen in ihren alltäglichen Arbeitsfeldern stehen, die vor dem Hintergrund der einführenden Thesen in Verbindung gebracht werden können.

Aus der Einladung zur Volks-Uni:
M. Foucault hat sehr überzeugend dargelegt, wie im Entstehen der bürgerlichen Gesellschaft Schule, Werkstatt, Gefängnis und Spital als Disziplinierungseinrichtungen konzipiert wurden und wie ihre inneren Strukturen heute zueinander deckungsgleich weiterwirken. H. Braver-man kommt das Verdienst zu, schlüssig aufgezeigt zu haben, wie durch Verwissen-schaftlichung des Produktionsprozesses die Kommandogewalt des Kapitals über die Arbeits-kraft vervollkommnet wurde. Kapitalseite und Staat propagieren heute die Auflösung dieser unterstellten Strukturen. Gestützt auf die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie soll diesen Ansprüchen und ihren inneren Zusammenhängen nachgegangen werden.

Veröffentlichungen:
R. Schlosser: 1993 - Im Club der toten Dinge; Zur Kritik an R. Kurz "Kollaps der Modernisierung"; in: AzD 56, FFM; 1994/95 - Kritik der Mystifikationen und mystifizierende Kritik, Herrschaftsausübung und soziale Qualifikation; Zur Kritik an Günther Jacobs "Kapitalismus und Lebenswelt"; in: Spezial 99 + 100)
K. H. Schubert: 1994 - Selbstbestimmung versus Fremdbestimmung; Thesen zur Staatsschule; in: trend 1/94, Berlin; 1994 - Wie im Spagat; Thesen für eine sozialistische Bildungs- und Schulpolitik; in: disput 21, Berlin

Literaturempfehlungen:
H. Braverman: 1985 - Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß; Alfred-Herrhausen-Gesellschaft (Hg.); FFM; 1994 - Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit; european round table of industrialists (Hg.); Stuttgart; 1995 - Bildung für Europäer, auf dem Weg zur Lerngesellschaft; Brüssel
M. Foucault: 1976 - Überwachen und Strafen; FFM

Zeitplan (vorläufig): 10.00 h Einführungsreferat, 12.00 h Mittagspause, 14.00 h Arbeitsgruppen, 15.30 h Pause, 16.00 h Plenum, max. 18.00 h Ende
Kinderbetreuung - organisieren wir nach Bedarf, deshalb gebt bitte bei der Anmeldung unbedingt an, ob Kinder mitgebracht werden sollen, sowie eine Telefonnummer für eventuell notwendige Rückfragen.
Kosten - Wir erheben eine Anmeldegebühr von DM 5.-. Ansonsten entstehen keine Kosten. Für freiwillige Beiträge zur Unterstützung der Veranstaltung (Fahrgelder der Referenten, Kinderbetreuung) sind wir jedoch sehr dankbar.
Anmeldung bis 15. 11. an IGEL, c/o R Hamm, Kaplaneigasse 1, 63225 Langen; **Information:** Tel. 06103 -21859; die **Anmeldegebühr bitte nicht vergessen**. Entweder DM 5,- (Brief-marken o. Schein) beilegen, oder überweisen auf Kto. Nr. 127 940 120, Sparkasse Langen-Seligenstadt, BLZ 506 521 24, z. H. R. Hamm, Verwendungszweck: für IGEL

Das folgende ist ein Artikel, der bereits vor einem Jahr verfaßt wurde. Der Verfasser schrieb uns dazu:
».... Zum anderen lege ich Euch zwei Artikel bei, die mein Freund aus der Göttinger Gruppe Euch im Februar oder so schon mal zum Abdruck angeboten hat. Damals habt Ihr gesagt, Ihr wolltet erst hören, woher das kommt, aus welchem Zusammenhang. »Gewaltmonopol zu verkaufen« habe ich im Oktober 1994 auf dem Hintergrund einer längeren Materialsammlung zu Umstrukturierung/Krisenstrategie/Kontrolle **und** der damaligen »Polizeistaats«-Rhetorik in Göttingen geschrieben, die durch die Julirazzien der Bullen gegen Antifa(M), Buchladen, Drucke und Asta ausgelöst worden war. Als Stimme gegen die Selbstüberschätzung einer rein politischen Linken, die sich für hauptbetroffen hält. Der Text kam in der Asta-Zeitung Göttinger Nachrichten 169 (Okt. 94) raus.
Mit beiden Texten ist es so, daß sie aus Diskussionssträngen heraus entstanden sind, die Leute hier zwischen Basisgruppen-Uni-Linker, »Materialien« und »Wildcat« führen. Das ist mit den Unigruppen nicht identisch, es gehört aber zu den Impulsen, die dort selbst nicht entstehen würden. Beide Texte sind in diesen Gruppen viel gelesen worden.
»Zwischen Chip und Satellit« ist quasi eine Fortsetzung des ersten. Ein altes diffuses Ausrißpaket schlägt sich drin nieder. Der Text kam als Aufmacher eines Faltblatts der linken Fachschaftsliste/Basisgruppen während der Uniwahlen im Januar 95 raus.
Soweit also. Ihr habt sowohl Texte als auch die Originalabdrukke und 'ne Diskette im Februar gekriegt. Wenn Ihr was draus machen wollt, würde ich mich nochmal an die Erneuerung der Einleitungen und Bezüge machen. Wenn nicht, bin ich gespannt zu erfahren, was Ihr anders seht ....«

Wir hatten die Sachen im Februar **nicht** gekriegt. Stattdessen haben wir jetzt kurzfristig mit dem Autor telefoniert und er hat uns freundlicherweise ne Diskette geschickt. Wir drucken im folgenden den ersten Teil ab – und der Verfasser will den zweiten Teil für das nexte Zirkular überarbeiten ...

Gewaltmonopol zu verkaufen

Polizei, private Sicherheitsdienste und die Differenzierung der Inneren Sicherheit

Während die Göttinger LKA-Razzien vom Juli die klassischen Zutaten des repressiven Polizeisstaats zu bieten haben, läuft doch eine ganz andere Entwicklung ab. Neben die Polizei treten private Sicherheitsdienste. Indem Schwarze Sheriffs »Sicherheit« käuflich machen – und als Heimwerker-Variante Nachbarschaftspatrouillen aufgestellt werden – verzichtet der Staat aufs Gewaltmonopol. Flexible Lizenzvergabe statt unbeliebter und rentenberechtigter BeamtInnenarbeit. Auf politischer Ebene bedeutet das die Vergabe von staatsfreiem Manövergelände an neofaschistische Milizen in Rostock und Kampfsporttraining durch einen V-Mann des Verfassungsschutzes in Solingen. Selbst ehrenamtliche autonome Feuerwehren können da mal unerwartet freie Bahn kriegen, damit sich rechts und links aneinander verschleißen.
So zieht eine fragmentierte Gewaltausübung herauf, die gerade durch ihre von Fall zu Fall unterschiedlichen Formen dazu funktional ist, das Rationalisierungskalkül der neoliberalen Krisenstrategie zu vollziehen. Entsprechend unterlagen der deregulierten »Sicherheit« zuerst Obdachlose, kasernierte Flüchtlinge, FixerInnen – weiter geht es bereits mit Schlechtgekleideten in gutsituierten Wohnvierteln.

»Innere Sicherheit« – das war die heilige Kuh des bundesdeutschen Staats, der sich gegen Anti-Atom-Militanz zur Wehr setzen mußte, der »sich nicht erpressen lassen« mochte von der RAF, der weder Kosten noch Mühen scheuen durfte bei der Durchdringung staatsfreier Räume. Ein kleinlicher, eifersüchtiger und nachtragender Monopolist, der in den 70er und 80er Jahren seine Souveränität zum Präventiven Sicherheitsstaat vervollkommnen wollte.
Nun wird die heilige Kuh geschlachtet. »Der Staat kann nicht überall sein«. Zum einen wird scheibchenweise schon seit Jahren, das staatliche Gewaltmonopol zu Markte getragen. Die seit den späten 80er Jahren enorm beschleunigte Privatisierung hoheitlicher Rechte an gewerbliche Dienstleistungsunternehmen bricht die sicherheitsstaatliche Entwicklung ab und läßt neben dem bekannten Behördenapparat Mischbereiche öffentlich-privater Konkurrenz und Kooperation entstehen – »grey policing«.
Zum anderen werden überhaupt neue Gewaltniveaus in die Gesellschaft eingeführt. Von der ehrenamtlichen Nachbarschaftspatrouille bis zum Pogrom wird

Privatleuten die weniger oder mehr bewaffnete Austragung von Konflikten zugestanden, ohne daß der Staat noch notwendig vermitteln oder eingreifen müßte. Unter dem Motto des Selbstschutzes und der öffentlichen Ordnung werden soziale Verkehrsformen anerkannt, in denen Angst, Sicherheitsdenken, Zwang, Gewalt und wiederum Angst zum Kreislauf zusammengeschaltet sind. Die entpflichtete und entstandardisierte Entscheidung, einzugreifen oder auch nicht, wird eine kostengünstige Technologie sozialer Kontrolle möglich, die nicht von oben nach unten gesteuert ist, sondern die die eskalierenden Beziehungen in der Gesellschaft zu nutzen weiß – »Testfall Rostock«.
Beide Komplexe haben nicht notwendig etwas mit der Bekämpfung explizit politischen Widerstands zu tun. Die Analyse des polizeilichen und des geheimdienstlichen Staatsschutzes kann den sozialen Gesamtprozeß so schlecht beleuchten, daß sie in diesem Artikel unterbleibt.
Weil der Staatsschutz aber immer besonders im Blick von linken/autonomen und BürgerInnenrechtsgruppen ist, doch noch ein Wort dazu: Die »special relationship« Linke-Staatsschutz wird unvermeidlich intensiv erlebt. Oft so intensiv, daß darüber die Enge und Exklusivität dieser Beziehung vergessen und die vergegenständlichte Konfrontation Wir-gegen-Die für das Ganze der gesellschaftlichen Kämpfe gehalten wird. In extremster Konsequenz leitet sich sogar der Maßstab der eigenen Wichtigkeit aus der Schärfe der Verfolgung ab. Kennzeichnend dafür sind die Schlagworte »Polizeistaat« und »Faschisierung«.
Seit den Razzien im Juli hat dieser Sprachgebrauch in Göttingen wieder Hochkonjunktur. Der folgende Artikel wird implizit zeigen, wie kurzsichtig und damit unkritisch das ist.

Hoheit und Markt

Mittlerweile wird das Ziel der Sicherheit auf vier unterschiedlichen Wegen angestrebt:
- *staatlich* durch die Träger von Hoheitsrechten: Schutz- und Kriminalpolizeien der Länder, Bundeskriminalamt (BKA), Bundesgrenzschutz (BGS), die Geheimdienste Verfassungsschutz (VS) und Militärischer Abschirmdienst (MAD) sowie die Gefängnisse;
- *quasi-staatlich* durch Polizeireserven und Sicherheitswachten bzw. *öffentlich-rechtlich* durch Sicherheitsdienste etwa der Nahverkehrsverbünde, die unterschiedliche Hoheitsrechte tragen;
- *privatwirtschaftlich in staatlicher Lizenz*, formal nur auf der Grundlage der »Jedermannsrechte« wie Nothilfe und Notwehr: gewerbliche Sicherheitsdienste/ Wach- und Schließgesellschaften, Streifendienste/Schwarze Sheriffs, betrieblicher Werkschutz und Sicherheitsbeauftragte, Detekteien, Alarmzentralen, Wert-

transportdienste, Home sitting und Body guards;
- *privat ohne staatliche Lizenz*, aber ebenfalls aufgrund der »Jedermannsrechte«: Bürgerwehren, ehrenamtlicher BewohnerInnenschutz, Guardian Angels, Street Gangs, individuelle Objektschutzanlagen und (legale wie illegale) Bewaffnung.
Neu ist diese Unterteilung eigentlich nicht; Sicherheitsdienste etwa gibt es seit der Jahrhundertwende in Deutschland, Detekteien noch vierzig Jahre länger. Erstaunlich ist aber die Verschiebung des relativen Gewichts von staatlichem und privatem Sektor, deren Markstein das Auftreten der klassisch gewordenen Schwarzen Sheriffs vom Zivilen Sicherheitsdienst (ZSD) in den Münchner U- und S-Bahnen ist.

Mit Sicherheit zum Profit

1988 umfaßte die Branche 730 einzelne Unternehmen, 1993 sind im Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen bereits 1 300 Unternehmen zusammengeschlossen. Das größte unter ihnen ist Raab-Karcher Sicherheit mit 9 000 Beschäftigten. Unzählig sind die Kleinstfirmen mit zwei, drei Leuten, sodaß alle Statistiken sehr unscharf sind. Für 1994 wird ein Gesamtumsatz von 4,2 Mrd. DM erwartet, doppelt soviel wie noch 1988. Nochmal 8 Mrd. DM wurden 1991 in der Produktion von Alarmanlagen, Schlössern usw. umgesetzt. Da viele Unternehmen sowohl produzieren als auch Dienstleistungen anbieten, trifft es auch zu, von einer Sicherheits*industrie* zu reden
Mehrere Verbände organisieren ein Mindestmaß an Vereinheitlichung der Firmen. In Bad Oldesloe betreibt die DSW, eine der Großen des Gewerbes, seit 1979 eine für alle offene Sicherheits-Schule. Seit 1978 erscheint monatlich das Fachblatt *Wirtschaftsschutz & Sicherheitstechnik*, und in Essen findet die Fachmesse »Security« statt.
Während die Personalstärke der Polizeien im letzten Jahrzehnt jährlich um 5% wuchs, legten die Privaten je 10% zu. 1992 standen den bundesweit 250 000 PolizeibeamtInnen und 22 000 AnwärterInnen usw. bereits 200 000 Private gegenüber. Zahlenmäßiger Gleichstand wäre rechnerisch 1996 erreicht (später, wenn die 4 000 BeamtInnen von VS und MAD sowie das Gefängnispersonal eingerechnet werden). In den USA ist dies längst geschehen: Auf jedeN der 750 000 Staatlichen kommen zwei Private, also 1 500 000. In Großbritannien verhält es sich mit 120 000 zu 250 000 gleich. In beiden Staaten sind auch viele Gefängnisse privatisiert.
Diese quantitative Entwicklung alleine wäre nicht interessant. Es haben sich jedoch auch die Aufgabenfelder verschoben, und die organisatorische, rechtliche und die Einsatzsituation der Polizeien hat sich zu ändern begonnen.
Die frühere Aufgabenteilung sah so aus, daß die öffentliche Sicherheit durch die Polizei hergestellt werden sollte, die privaten Dienste sich dagegen auf die

Bewachung von Firmengeländen, Privatpersonen und Privatgrund beschränkten. Mit Ausnahme des rein innerindustriellen Bereichs des betrieblichen Werkschutzes, der seit den 70er Jahren völlig konstant bei 60 000 Zugehörigen liegt, ist die Trennlinie zwischen den beiden Funktionsräumen in den letzten Jahrzehnten immer unschärfer geworden. Die Nahverkehrsnetze, Einkaufszentren und Passagen, Freizeitparks, die zu »Erlebnisräumen« erweiterten Flughäfen und Bahnhöfe usw. brachten öffentlichen und privaten Raum oft so zur Deckung, daß »mass private property« entstand, d.h. halböffentlicher Raum in privater Hand, der schnellen Transit, Konsum und vermasste private Reproduktion in sich vereint – nicht aber das staatsbürgerliche Raisonnement, die Kommunikation über die res publica. So zerfällt gleichzeitig die politische Öffentlichkeit.

U-Bahn-Mischung

Dort haben sich Mischsektoren der Sicherheit konstituiert. Der Münchner Verkehrs-Verbund schreibt über sich:

> *»S-Bahn-Wache, U-Bahn-Wache, Bundesgrenzschutz (BGS) und 6000 Polizeidienstkräfte (in Zivil) sorgen Tag für Tag fast rund um die Uhr für die Sicherheit der Fahrgäste. [...] Diese Sicherheitskräfte werden zeitweise noch durch spezielle Unterstützungs-Kommandos (USK) des Polizeipräsidiums München verstärkt. Auch alle Bediensteten werden Sie unterstützen, wenn Sie polizeiliche Hilfe brauchen« (MVV-Telegraf 1/1993).*

In solchen Mischsektoren fluktuiert das Personal. Im 1981 eingeführten Mobilen Ordnungsdienst der (West-) Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) tun Schupos nur je zwei Monate Dienst; ebenfalls befristet arbeiteten 1992 500 ABM-Kräfte bei der BVG und 120 bei der Reichsbahn in Ostberlin als uniformierte Fahrgastbetreuer. Die privaten Sicherheitsdienste rekrutieren sich übrigens auch aus ehemaligen PolizistInnen. Die enormen Unterschiede, die sowohl im Rechtsstatus, Ausbildungsstand, Einsatzverhalten und in der Einsatzmotivation bestehen, spielen für die BenutzerInnen der MVV oder BVG aber keine Rolle. Die tief hinabreichende Staffelung von BGSlerInnen über Schutzwachtangestellte bis zur bloßen ABM-Kraft verliert durch ihr gleichförmiges öffentliches Auftreten und die latente Gewaltdrohung ihre Bedeutung. Viel wirklicher ist dagegen die Sprache der Zeichen der Sicherheit: das Funkgerät in der Hand, die Uniform und das Körperpaar der Doppelstreife.

Es geht auch ohne Gesetz

Die Rechtsgrundlage der privaten Sicherheitsdienste ist bis heute dünn belassen worden (wiederum mit Ausnahme des Werkschutzes). § 34a der Gewerbeordnung (GewO) bestimmt eine laxe Zulassungspflicht im »Bewachungsgewerbe«.

Darauf baut die »Verordnung über das Bewachungsgewerbe« (BewachV) auf, die v.a. die behördliche Aufsicht regelt, aber eben im Ressort des Bundesministers für Wirtschaft und nicht des Inneren liegt. Sehr breit fällt dagegen die Inanspruchnahme von *Rechten* und Rechtmäßigkeiten durch die Sicherheitsdienste aus: Freiheits- und Eigentumsrecht (§§ 2, 14 GG), vorläufige Festnahme (§ 127 StPO), Notwehr, Selbsthilfe und Notstand (§§ 227, 229, 859/860 BGB, §§ 32, 34 StGB). Sie sind entweder »Jedermannsrechte« oder aber Rechte, die vom Auftraggeber an sie als »Besitzdiener« (!) übertragen wurden wie z.B. das Hausrecht. Hoheitlich sind sie allesamt nicht, berühren das Verhältnis zum Staat nicht weiter und erübrigen daher offenbar eine staatliche Aufsicht.
Und dennoch erstreckt sich das vielgestaltige Wachstum der Sicherheitsbranche schrittweise auf das staatliche Gewaltmonmopol; es teilt die Herstellung von Sicherheit zwischen sich und der Polizei so auf, daß sich deren Felder und Abläufe verändern; es setzt die Subjekte in den neuen öffentlichen Räumen anders zueinander in Beziehung und schichtet selbst die Funktion der Vermittlungsinstanz Staat um. Dennoch gilt immer noch die Position des früheren baden-württembergischen Polizeipräsidenten und bundesweit maßgeblichen Polizeiplaners Stümper von 1975, »die Probleme praktisch im einzelnen durch kleine Kommissionen aus den betroffenen Bereichen anzupacken. Nach Einführung und Erprobung in Teilbereichen kann man nach geraumer Zeit feststellen, ob die getroffenen Regelungen den Erfordernissen gerecht werden oder nicht. *Der Weg einer rechtsverbindlichen Regelung sollte in diesen Fällen, soweit er sich als unverzichtbar herausstellen sollte, erst am Schluß beschritten werden«* (Hervorh. im Orig.).
Die Experimente und der Pragmatismus haben noch kein Ende gefunden. Im Gegenteil, gerade in den allerletzten Jahren beschleunigen die Polizeien ihre Experimente und fächern die eigene Formenvielfalt weiter auf.

Das »schwedische Modell«

Die Polizei ist in dem Dilemma, einerseits das Gewaltmonopol wahren zu wollen, andererseits aber »in ihrem Bereich der öffentlichen Sicherheit [...] ihren Verpflichtungen nicht mehr in vollem Umfang nachkommen« zu können (Schöpflin). Eine Tagung der Polizei-Führungsakademie in Münster-Hiltrup im Juni letzten Jahres fand einen Ausweg im »schwedischen Modell«. Dieses bedeutet, daß neben der regulären Polizei eine dreifache Abstufung eintritt. Erstens »Ordnungswächter«: freiwillige, eignungsgeprüfte und ausgebildete Kräfte für den öffentlichen Bereich von Sportveranstaltungen bis zu Abschiebungen, die vom jeweiligen Auftraggeber zu bezahlen sind; zweitens »Wächter«: ausgebildete, nicht besonders befugte Beschäftigte in privaten Sicherheitsdiensten; schließ-

lich »Schutzwächter«: das Wachpersonal ziviler und militärischer Anlagen mit besonderen Befugnissen. Dazu müßten in der BRD aber § 34a GewO und die BewachV präziser und anspruchsvoller werden. Auf dem Weg der Auslagerung entsteht so eine funktional differenzierte Staffelung von billigen bis kostenlosen Teilzeit-, Bedarfs- und Lohnpolizeien unter amtlicher Aufsicht – ein System von Zulieferern der Inneren Sicherheit.

Polizeien zweiter, dritter Klasse

Vorarbeiten dazu sind schon realisiert. Zunächst sind da Projekte, untergeordnete quasi-staatliche Polizeikräfte aufzubauen. Seit längerer Zeit besteht in Baden-Württemberg der Freiwillige Polizeidienst (FPD) und in Berlin die Freiwillige Polizeireserve (FPR), letztere mit 6 000 Planstellen. Das 1992 novellierte FPR-Gesetz legt fest, daß die FPR eine Polizei aus NichtpolizistInnen bildet. Sie tragen Waffen, sind weitgehend befugt Zwang anzuwenden, übernehmen Teile der regulären polizeilichen Streifen- und Objektschutzroutine, können aber die polizeiliche BeamtInnenlaufbahn nicht ergreifen. Viele von ihnen sind im übrigen BeamtInnen in anderen Behörden.
In Hessen entwarf die FDP-Landtagsfraktion 1992 ein Gesetz zur Installierung einer »Wachpolizei« zur Entlastung von Schupo und Kripo von Objektschutzpflichten. Ihre Mitglieder wären nicht BeamtInnen, sondern Angestellte gewesen, niedriger besoldet, kürzer ausgebildet, dabei bewaffnet und zur Anwendung unmittelbaren Zwangs befugt. 1993 wollte der Frankfurter CDU-Franktions-Vizechef Stammler alle städtischen Sicherheitskräfte zentral zusammenfassen und bewaffnen. In einzelnen Fällen haben Kommunen bereits Private mit Verkehrskontrollen beauftragt, um günstiger an Strafgelder zu kommen.
Zur Überwachung der Grenze zu Polen schrieb der BGS 1992 1 600 Stellen für zivile Grenzschützer im »Kontroll-, Fahndungs- oder Schubwesen« aus. Bei dreijähriger Anstellung waren vier Wochen Anlernzeit vorgesehen. Das »Feinkonzept« fehlte noch, unklar war z.B. die Frage der Bewaffnung. Dazu das Bundesinnenministerium: »Wir gehen davon aus, daß sie keine Waffen tragen dürfen – und wenn, nur zum eigenen Schutz«. Die Erfüllung operativer »grenzpolizeilicher Aufgaben (Innen- und Außendienst)« wurde mit 1 500 Mark netto im Monat entlohnt (FR, 20.2.93).
Und schließlich Niedersachsen: »Für die Abschiebung von Ausländern will Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) im nächsten Monat 60 Hilfspolizisten einstellen, um die Kriminalpolizei zu entlasten. Die erforderlichen »vielseitigen Fachkenntnisse« würden »den in Frage kommenden Personen im Rahmen einer dreiwöchigen Beschulung vermittelt«, teilte ein Sprecher des Innenministeriums mit. Hilfspolizist könne werden, wer charakterlich einwand-

frei, unbescholten und unbestraft sei und die Gewähr biete, von seinen Befugnissen nicht unzulässig Gebrauch zu machen« (FR, 3.8.94).
Am weitesten vom Polizeikörper weg in die Gesellschaft vorgestoßen ist Bayern mit dem Sicherheitswachterprobungsgesetz (SEG) vom Dezember 1993. Im Gegensatz zu FPD und FPR zielt es nicht auf eine Hilfspolizei ab, sondern will ein Bindeglied zwischen Polizei und Gesellschaft erzeugen, um den Sicherheitsgedanken zu verbreitern. In der fünfjährigen Laufzeit dieses Versuchsgesetzes sollen in den Gemeinden »Sicherheitsbeiräte« gebildet und ehrenamtliche Sicherheitswachten aufgestellt werden. Diese sind v.a. für Streifendienste vorgesehen, sie sollen hinschauen, wo eine Kultur des Wegschauens herrsche. Vor allem RentnerInnen und Hausfrauen melden sich zur Sicherheitswacht. Sie sind nicht uniformiert, nur durch ein Emblem kenntlich, nicht bewaffnet, dürfen keinen unmittelbaren Zwang ausüben, sind aber dennoch mit hoheitlichen Befugnissen beliehen. Zu den ermächtigten Eingriffen in Persönlichkeitsrechte gehört es, Informationen erheben und weitergeben, Personalien feststellen, Ausweise prüfen, andere anhalten und festhalten und Platzverweise erteilen zu dürfen. Die Anlernzeit dazu beträgt 40 Stunden.
All das sind Experimente mit »grey policing«, der Überschneidung von regulärer Polizei, Hilfspolizeien, privaten Sicherheitsdiensten und Ehrenamtlichen. Sie wirkt auf die Polizei als Konkurrenzverhältnis ein, das auf die Kosten drückt. Das Verhältnis der Privaten zur verbleibenden Stammpolizei dagegen wäre eines der Kooperation und einseitigen Zulieferung und wird oft als »Juniorpartner«-Modell gehandelt. Die Optionen sind aber immer noch sehr offen. Nicht nur Schweden taugt zum Modell, auch die USamerikanische, britische und warum nicht die argentinische Entwicklung ist vorstellbar. Der Sicherheitsmarkt ist selbst ebenfalls noch relativ offen und nachfrageorientiert, denn der Konzentrierungsgrad ist bisher niedrig.

Aus freien Stücken kostenlos

Spiegelbildlich zur Entstehung von Zwischen- und Mischsicherheiten durch polizeiliche und private Profis, keimen von unten ehrenamtliche Varianten auf. Privatleute tun sich zusammen, um ihre Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen. Bekannt sind die Guardian Angels in Berlin, die nach dem Muster ihrer angloamerikanischen Vorbildorgansiationen in sog. Problemvierteln auf Nachbarschaftspatrouille gehen. Sie sind jung, unbewaffnet, aber vielfach kampfsporterfahren und ziehen in kleineren Gruppen herum. Ihr Besonderheit besteht in der Rekrutierung: Programmatisch werden genau unter dem Publikum Mitglieder geworben, das es dann zu überwachen gilt – Drogenabhängige, Straßenjugendliche usw. Der Streifendienst verheißt Besserung; er richtet sich sowohl maßre-

gelnd nach außen als auch therapeutisch nach innen. Guardian Angels sind also *gedacht* als eigentätige Maßregelung des Milieus durch das Milieu.
Ein weiteres Beispiel dieser Art ist der Internationale Bewohnerschutz Starkenbergring in Dietzenbach (Hessen). Als nichtkommerzieller Verein ist der IBS nicht genehmigungspflichtig. Die meisten der etwa 15 Mitglieder sind MigrantInnen und arbeitslos. Der Anstoß, in der Hochhaussiedlung Starkenburgring, einem »sozialen Brennpunkt« (FR, 2.9.93), wo 90% MigrantInnen leben, auf nächtliche Streife zu gehen, kam durch die rassistischen Anschläge und die Morde von Solingen.
Bürgerwehren im landläufigen Sinne, also Gruppen gut eingesessener Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, sind weder die Angels noch der IBS. Überhaupt tauchen Bürgerwehren fast öfter in Gestalt von Gerüchten und der anonymen Androhung von Lynchjustiz auf, die eigentlich ein härteres Durchgreifen der Behörden bezwecken und Schutz gleich Säuberung setzten. Ein Übergang von Angels oder IBS zu reaktionären, deutschen Bürgerwehren ist da nicht leichthin auszumachen. Die Welt der Einfamilienhäuser bleibt auch in der Form seiner Sicherheit & Ordnung klar geschieden von den peripheren Trabantenstädten und innerstädtischen Kiezen. Genauso scharf ist aber auch die Trennung von den Villenvierteln ganz draußen, wo für Schutz auch wieder gezahlt werden kann.
Die Entwicklung verschiedener Formen im privaten Berich hat gerade erst begonnen. Ein Blick auf den Stand in anderen Staaten würde zeigen, wie schnell eine Aufrüstung kommen kann. Wohlhabende Stadtteilverbände können dann schnell auch den höheren Aufwand für motorisierte und bewaffnete Patrouillen betreiben. Viel weist darauf hin, daß hinter vielen solchen Verschärfungen ehemalige Polizisten und Soldaten stehen. Die Entstehung von Privatarmeen, die derzeit durch den Staat und die Branchenverbände unisono abgelehnt wird, ist daher nicht unmöglich.

Leisten Linke Sicherheit?

Nun bleibt ein etwas brisanter Punkt – eine Quelle von Sicherheit, die eigentlich nie in diesem Zusammenhang genannt wird: linke/autonome Gruppen, Antifa-Streifen und Notruftelefone. Sicher, sie fallen nicht unter die Kategorie »Private«, eher passen würde »Öffentlich-Außerrechtliche«. Immerhin trifft es zu, daß sie eigene Auffassungen von Sicherheit oder Schutz auf die Straße bringen, in Gefahrensituationen sowohl physische Gegengewalt aufbieten als auch Öffentlichkeit herstellen wollen. Sehr selten geht es um Selbstschutz, viel öfter sind Flüchtlingswohnheime vor rassistischen Angriffen zu schützen, spontanes Eingreifen auf der Straße gehört dazu, aber auch regelmäßiges Streifegehen oder -fahren. Als aktive Kraft und medienwirksamer Faktor beeinflussen sie die Polizei. Nicht selten bauen sie erst den Druck auf, der die Polizei dazu zwingt,

wirksam gegen neofaschistische Gruppen oder pöbelnde VolksfestbesucherInnen vorzugehen. Unwillentlich erfüllen Linke/Autonome damit über ihr konkretes Verteidigungsziel hinaus auch eine öffentliche Ordnungsfunktion. In zugespitzten Situationen, in denen die Polizei meint, sich keine Fehler leisten zu dürfen, entsteht auch mal eine direkte Kommunikation, in der die Polizei verhandelt, Autokonvois richtig leitet oder ihren inneren Informationsfluß bewußt transparent macht, z.B. um Situationen zu entspannen.
Solche Fälle sind selbstverständlich die seltene Ausnahme angesichts der strukturellen Begünstigung neofaschistischer/ rassistischer Organisationen durch die Polizei, doch sie zeigen, was möglich ist, und daß künftige Experimente und zeitweilige Einführung kooperativer Modi nicht kategorisch ausgeschlossen werden können.

Das Filetstück bleibt staatlich

Soweit nun zu den erstaunlichen neuen Formen des Komplexes »grey policing«. An keinem Punkt hat sich angedeutet, daß die politischen Kommissariate der Kripo, die LKAs, das BKA oder VS und MAD von Privatisierung berührt sein könnten. Der politische Staatsschutz bewahrt zentrale und vereinheitlichte Kontroll- und Zugriffsinstanzen und setzt der Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols offenbar eine Grenze.
Wenn es also eingangs hieß, die teilweise Privatisierung des Gewaltmonopols breche die sicherheitsstaatliche Entwicklung der 70er und 80er Jahre ab, bedeutet das nicht, sie kehre diese um. Vielmehr ist es so, daß die funktionale Ausdifferenzierung der letzten Jahre auf den weitgehenden Durchsetzungserfolgen der früheren Entwicklungsstränge aufbaut, die Innovation aber außerhalb des Apparats ansetzt und anders gerichtet ist.
Aus zwei kurzen Rückblicken wird deutlicher, welche Erfolge dies sind und worin die Programmatik des präventiven Sicherheitsstaats gesellschaftspolitisch eingebettet war.

Rückblick 1: »Der Präventive Sicherheitsstaat«

Die 70er Jahre standen im Zeichen der politischen und bewaffneten Konfrontation der APO-Nachfolgebewegungen und des Staats. Denn nur ein Teil der Linken hatte sich wieder integrieren lassen, und Habermas' Aufruf zur Arbeit in den Institutionen – und sei es in den Vertriebenenverbänden – beherzigt und z.B. Universitätsstellen angenommen, und auch diejenigen, die nach ihrer anti-antiautoritären Wende in Kleinst-Avantgardeparteien konventionelle Wege gingen, waren nicht zu zahlreich. Die autonomen Massenbewegungen aber entwickelten erfolgsfähige Formen militanter Antistaatlichkeit.
Dies zu bekämpfen, traten Polizeistrategen wie der BKA-Chef Herold und der

bereits genannte Stümper erstens eine gewaltige technische und personelle Aufrüstung los: Stellenausbau, Bildung von MEKs und SEKs, schärfere Bewaffnung, paramilitärischer Einsatz von Polizei- und BGS-Verbänden, Verdatung usw. Zweitens liefen gesetzliche und administrative Reformen. Diese zielten auf die Zentralisierung der einzelnen Behörden (1979 in Stümpers Vorschlag einer »Generaldirektion Innere Sicherheit« gipfelnd) sowie die dienstrechtliche und polizeigesetzliche Vereinheitlichung. Die polizeilichen und nachrichtendienstlichen Staatsschutzabteilungen (samt ihrer Pendants in Justiz und Gefängnissen) verdichteten und verselbständigten sich zum »Apparat«. Drittens wurde die Polizeipsychologie forciert, der V-Leute-Einsatz erweitert, Sozialarbeit, Jugendarbeit und Medizin polizeilich indoktriniert und der Versuch unternommen, Teile der Bewegung in operative und strategische Konzepte einzubauen (Stuttgarter Erklärung und Loccumer Gespräche).

Die verbindende Doktrin dahinter lautete, daß der Staat keinerlei rechtliche Freiräume dulden dürfe und dazu vorbeugender Verbrechensbekämpfung bedürfe. »Als neuartiges Element tritt der übergreifende Gesichtspunkt der operativen Arbeit hinzu. In ihr fallen repressive und präventive Belange weithin zusammen und werden auf eine höhere Ebene gestellt. [...] Die Polizei kann und darf nicht mehr warten, bis irgendwo etwas passiert, dann erst tätig werden und nur akute Einzelfälle ermitteln. [...] In der klaren Zielsetzung eines möglichst hohen Sicherheitsgewinns kommt es hierbei in erster Linie nicht mehr darauf an, einen bestimmten Einzeltäter seiner Bestrafung zuzuführen, es kommt selbst nicht einmal darauf an, auf alle Fälle eine bestimmte, bevorstehende Einzelstraftat zu verhindern, sondern letztlich entscheidend ist es, die kriminelle Grundstruktur (Gruppierung, Bande, Organisation, Funktionsnetz) ausfindig zu machen, auszuheben, insgesamt - womöglich - der Strafverfolgung zuzuführen und sie zu zerschlagen« (Stümper, nach *Loccum*).

Ihren frühen politisch-praktischen Höhepunkt hatte die Sicherheitsdoktrin im Herbst 1977 während der staatsstreichartigen Alleinherrschaft des »Kleinen Krisenstabs«. Die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten und Alt-Nazis Schleyer durch die RAF und ergänzend einer Lufthansa-Maschine nach Mogadischu wurde zur maximalen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erhoben, die wirksam ein bis dato ungekanntes Sicherheitsregime legitimierte. Hunderttausendfache Personenkontrollen, totale Verkehrsüberwachung und Schleppnetzfahndung schworen die Bevölkerung auf die staatliche Sicherheitslogik ein und setzten eine veritable Terrorismus-Hysterie in Gang. Diese blieb bis in die 80er Jahre ein Motor massenhafter Angst. Die Entführungen wurden »vom Krisenstab in ein Scharnier der Angst verwandelt, das einen breiten Konsens mit der neuesten Phase des ›Modell Deutschland‹ herbeiführte« (Roth).

Angst und Sicherheitsdoktrin dienten auch dazu, diejenigen Linken, die nach den

Toden von Stammheim und Mogadischu nicht wie viele Intellektuelle abschwören wollten, als RAF-Sumpf einzukreisen. »Der Endlösung gegenüber den RAF-Gefangenen entspricht die geplante soziale Ghettoisierung der gesamten autonomen Massenbewegung in Deutschland« (Roth).

Rückblick 2: Das »Modell Deutschland«

Brandt sagte 1976 auf einem Kongreß der Gewerkschaft der Polizei (GdP): »Die innere Sicherheit wird nur dann Bestand haben, wenn sie geschützt wird durch eine Politik, die auch den sozialen Frieden garantiert« (CILIP 43).

Das »Modell Deutschland« war der »›sozialdemokratische‹ Modus der Massenintegration« (Hirsch). Er gründete auf der Verbindung von SPD und Gewerkschaften, wie sie seit Beginn der Großen Koalition die Regierungsgeschäfte (mit)bestimmte, kam aber im engeren Sinne mit der Ablösung des Konzepts »Mehr Demokratie wagen« durch Kanzler Schmidt zum Tragen.

Der allgemeine, ganz unspezifische Zweck dieses Modus bestand darin, für die Weltmarktkonkurrenz des extrem exportabhängigen bundesdeutschen Industriekapitals günstige Verwertungsbedingungen der Arbeitskraft im Lande bereitzustellen. Die konkrete Anforderung nach der Wirtschaftskrise 1966/67 und den politischen Konflikten ab 1967 war, eine Qualifikations- und eine technologische Lücke zu schließen, die Lohnsteigerung abzubremsen und durchgreifendere Formen der Disziplinierung im Fabriksystem zu entwickeln. Denn gerade damals lief eine Phase wilder Streiks, die die Ergebnisse gewerkschaftlicher Lohnkämpfe in den Schatten stellten, des Absentismus und anderer Formen der Produktivitätsverweigerung. Ein »Arbeiterradikalismus« war am Entstehen, der sich jenseits der Lohnfixierung wieder soziales Terrain aneignete. Subversivität breitete sich auch in vielen längerfristigen Veränderungen der Sozialstruktur aus, im Aufbrechen der Kernfamilie, in Frauenkämpfen und der familienweisen Arbeitsimmigration.

Die ... Antwort des sozialdemokratischen Modus bestand in einem »System des *selektiven Korporativismus*«, das eine »flexible Ausgrenzungsstrategie« verfolgte (Hirsch), um unterhalb vollgarantierter industrieller Kernbelegschaften eine Reservearmee aus Arbeitslosen, Dequalifizierten usw. zirkulieren zu lassen. Diese wären zugleich verbilligte und entrechtete Arbeitskraft, Drohbild des sozialen Abstiegs und dadurch Disziplinierungsmittel gegen die anderen. Unverzichtbar dafür war jedoch die sozialpolitische Abfederung, die die dauerhafte Marginalisierung verhindern sollte, und die gewerkschaftliche Befriedungsleistung.

Die erste Phase des »Modell Deutschland« folgte noch der keynesianischen allgemeinen Hochlohnpolitik der Wachstums- und Wohlstandsphase. Es war noch ein Ausweichen vor der Subversivität, eine integrative Kompromißlösung. Durch die Wirtschaftskrise 1974/75 ging dieses Konzept aber nicht auf. Stattdessen

wurde eine zweite Phase unter den Vorzeichen des Sparens eröffnet, die die Konfrontation mit den sozialen und betrieblichen Widerständen aufgriff und alles daran setzte, ihnen eine Niederlage zu bereiten. Die Hebel waren restriktivere Sozialpolitik, Steuerreformen, verschärfte Überwachung in den Fabriken und Wohnvierteln und selektive Dauerdeklassierung.
Das Ziel disziplinarisch neu zusammengesetzter Massenarbeit, darunter entgarantierter Randbelegschaften und darunter wiederum dauerhafter Massenarbeitslosigkeit ist erreicht worden. Direkte Repression hat dabei eine Rolle gespielt, doch mehr durch audiovisuelle Bespitzelung und Werkschutz als durch Wasserwerfer und offene Polizeiverbände, eher durch betriebliche Personalinformationssysteme als durch Verfassungschutzdateien.
Im Jahrzehnt nach 1977 haben sich zwar neue Brennpunkte gebildet und das Verhältnis von Kontrolle und Bekämpfung mußte sich an neuen Kräften, den Neuen Sozialen Bewegungen, der Grünen Partei usw. ausrichten, ja die »Gewaltfrage« wurde noch stärker zur Gretchenfrage. Doch die genannten polizeilichen Entwicklungsstränge – permanente Aufrüstung, Verfeinerung der Integrationstechniken und vorgesetzliche Selbstermächtigung – haben all das abgedeckt. Neu hinzugekommen ist in den 80er Jahren der Schritt in die europäische Dimension. Sie beginnt gerade erst, sozial wirksam zu werden, und zwar von der Peripherie der Gesellschaft her, indem sie die Kontrolle über Asylsuchende und Flüchtlinge vereinheitlicht.

Rationalisierungsdruck

Nach diesen Rückblicken ist die besondere Qualität der neuen Formen deutlicher. Der Präventive Sicherheitsstaat versuchte, mit den zunehmenden politischen Kämpfen Schritt zu halten und das Postulat des Gewaltmonopols den immer schneller zum Fluktuieren gebrachten Subjekten folgen zu lassen. So wollte es nach alter Manier territorial umfassend sein; den Standard der Sicherheit setzten die Staatsgrenzen.
Die neue Sicherheit dagegen ist funktional differenziert, sie scheidet Schutzbedürftige und Gefährliche und sortiert räumliche Zonen unterschiedlichen Sicherheitsgrades. Ihr Standard ist noch uneinheitlich, doch paßt sich der staatliche Sektor Konkurrenzkriterien des Sicherheitsmarktes an.
Hieß es früher: du bist so sicher, wie du verfassungstreu bist, heißt es bald: Du bist so sicher, wie du es dir leisten kannst.
Diese Veränderung vollzieht sich als Teil des grundlegenden Funktionswandels des Staats. In der neoliberalen Umstrukturierungskrise der 80er und 90er Jahre soll der Staat die sozialen Garantien aus den reichen Jahrzehnten aufkündigen. Ganz nach dem Muster der Konzerne werden die administrativen und exekutiven Apparate auf ihre Rentabilität hin durchkalkuliert. Die Zielrichtung steht seit

einigen Jahren fest: Die Bürokratien sollen zu Dienstleistungsunternehmen verschlankt werden, betriebswirtschaftlich rechnen lernen und flexibles Personal-Management betreiben.
Die Verschlankung ist auch als Verflachung des Polizeiapparats zu begreifen. Er wird auf einen qualifizierungsbedürftigen Aufgabenstamm konzentriert, der z.B. die Staatssicherheit und die Kontrolle der Immigration umfaßt, während auf den anderen Feldern Kosten, Verantwortung, Betriebsrisiken und »Drecksjobs« in die Tiefe der Zulieferhierarchie aus privaten Sicherheitsdiensten und Ehrenamtlichen geschoben wird. So vermindert sich die Fertigungstiefe der staatlich besorgten Inneren Sicherheit. »Warum muß zum Beispiel heute noch die Polizei die Stempel auf den Autokennzeichen entfernen? Warum muß die Polizei abgelehnte Asylbewerber abschieben oder Untersuchungsgefangene zu Gerichten begleiten?« (GdP-Vorsitzender Lutz, FR vom 28.12.92).
Das hat eine dienstrechtliche Komponente: Die Verwaltungstätigkeiten werden von BeamtInnen an Angestellte abgegeben. Das erlaubt es, die BeamtInnenlaufbahn des »Niederen Diensts« abzuschaffen, der schon lange für großen Mißmut unter den PolizistInnen sorgt, weil er schlecht besoldet ist und kaum Aufstiegschancen eröffnet. Weitere Ansätze zur Differenzierung des Beamtenrechts bis hin zur tendenziellen Auflösung sind in der verwaltungswissenschaftlichen Diskussion.

Unrationelle Polizeistrukturen

Die Verschlankung soll einige schwere Strukurprobleme der Polizei lösen: die große Verrechtlichung und Starrheit der inneren hierarchischen Ordnung, die den preußisch-soldatischen Charakter der Polizei reproduziert, letzlich aber in Lohn- und Erhaltungskosten zu Buche schlägt; weiter das Ansehen des Berufs in der Öffentlichkeit, das sich durch die Kampfeinsätze der 80er Jahre von der Startbahn über Wackersdorf bis zu Bad Kleinen und Hannover (Halim Dener) permanent verschlechtert hat.
Zusammen mit Überbelastung, Niedriggehalt und Karrierebarrieren drückt dies erheblich auf Betriebsklima und Einsatzmoral. Einer GdP-»Urabstimmung« in Nordrhein-Westfalen zufolge überlegte 1992 die Hälfte aller PolizistInnen, den Dienst aufzugeben, und drei Viertel würden nie wieder zur Polizei gehen; 1991 konnten erstmals nicht alle freien Planstellen besetzt werden, und fast 300 PolizeianwärterInnen brachen ihre Ausbildung ab (FR, 30.9.92). Überhaupt wird es immer schwieriger, noch Nachwuchs zu rekrutieren. Die Anwerbung von HilfsgrenzschützerInnen beim BGS erklärt sich aus einem eklatanten Personalloch von 4 700 Stellen 1993. Breite Werbekampagnen haben etwa die Polizeien in Hessen und Niedersachsen starten müssen. Die Polizeilaufbahn ist in den Ruch einer letzten Chance gekommen.

Linien im Apparat

Die Konkurrenz durch die privaten Sicherheitsdienste kommt da nicht allen gleich gelegen. Verschiedene Linien haben sich gebildet, und zaghaft dringt ihr Konflikt nach außen. Zunächst vertritt eine konventionelle Mehrheitslinie die »Ausschöpfung« der polizeilichen Gewohnheitsrechte und Rechte. Die Sicherheitsdienste erscheinen hier selbstsicher-pragmatisch als Juniorpartner, die aber nicht voll vertrauenswürdig sind, beaufsichtigt werden müssen und potentiell die Gefahr von Privatarmeen bergen.

Auf der anderen Seite tritt eine kleinere Modernisierungslinie für innere Reformen ein, wohl weil sie die Polizei ins Hintertreffen geraten sehen und die Konkurrenz aufnehmen wollen. »Die Polizei soll von einer militärisch strukturierten Behörde in einen hochqualifizierten Dienstleister umgemodelt werden«, wird sinngemäß ein Hamburger Staatsschützer wiedergegeben, der weiter wörtlich meint: »Wir brauchen eine radikale Dienstreform. Wir brauchen ausländische Berater, Sozialwissenschaftler und Sozialarbeiter vor Ort in den Dienststellen. [...] Das Dienstrecht muß demokratisiert, die Hierarchie muß ganz erheblich verflacht werden«; die niedersächsische Reformkommission sei auf dem richtigen Weg dahin (taz, 23.9.94). Zu den möglichen beratenden Institutionen zählt der neue Hamburger Innensenator Wrocklage auch amnesty international – die Einbeziehung der KritikerInnen würde weitere, in diesem Fall sogar kostenlose SicherheitsträgerInnen hevorbringen. Eine dritte, ebenfalls minoritäre Position v.a. in den Reihen der Polizeigewerkschaft verficht wacker liberaldemokratische Werte: Gleichheit auch als gleiche Sicherheit für alle, Verhinderung von Faustrecht, Verhinderung der Warenförmigkeit der Inneren Sicherheit. Zum Teil trifft sie sich darin manchmal auch mit den Forderungen der Sicherheits-Branchenverbände nach kontrollierter Zulassung und seriöser Ausbildung. Ihr blamables Image als Schwarze Sheriffs droht abzufärben – die besondere Angst der Gewerkschaft gilt der Gefahr, »daß die Bürger die Polizei als paramilitärische Organisation begreifen und ihr zunehmend mit Distanz begegnen« (FR vom 10.9.94).

Übergreifende Einigkeit scheint darüber zu herrschen, die Verschmelzung mit den Geheimdiensten zu beschleunigen und den entstehenden europäischen Sicherheitsstrukturen den bundesdeutschen Stempel aufzuprägen.

Testfall Rostock

Der zweite Komplex, der eingangs angesprochen wurde, kommt nun zu kurz. Gemeint ist die Wiedereinführung von Gewaltniveaus in die gesellschaftlichen Beziehungen, die im Interesse des sozialen Friedens, der Integration und der Zentralstellung der großen Apparate jahrzehntelang aus der BRD ferngehalten wurden. Nun findet auch hier eine Bewaffnung statt. Der Selbstschutzgedanke

wird zur extremistischen Raison d'être.
Mehr noch als Hoyerswerda und Mannheim-Schönau war es aufgrund der Massenmedienpräsenz Rostock, wo erstmals in der BRD-Geschichte eine nichtstaatliche paramilitärische Truppe eine öffentliche Ordnungsfunktion erfüllte: Sie drückte einen »gerechten Zorn« aus, ein rassistisches Mehrheitsempfinden vom verarmten Quartier bis ins Rathaus, die Asylsuchenden und VertragsarbeiterInnen ihres Viertels vertreiben zu müssen, dem keine adäquate hoheitliche Gewalt zur Verfügung stand. Die Medien hatten den Pogrom nicht nur angekündigt, sie heizten ihn auch an, bezahlten Nazi-Posen und -Sprüche. Rostock-Lichtenhagen war vom zweiten Tag an in allen Fernsehstuben präsent, gewissermaßen als der nationale Übungsplatz einer neuen Verkehrsform. Einer Form, die die autonome Massenmilitanz der 80er Jahre, die noch gegen den Staat gerichtet war, vergessen machte. Im Lernen des einen und Vergessen des anderen transformierte sich die bundesdeutsche Gesellschaft ein wichtiges Stück weit in Richtung auf eine gewaltförmige Selbstregulierung jenseits der staatlichen Apparate. Dies macht also den zweiten Komplex aus: Vergesellschaftung durch partikulare Gewalt, oder anders: bewaffnete Binnenbeziehungen insbesondere in den Unterklassen als horizontale Entsprechung der vertikalen Gewalt des »grey policing« von oben. Damit ist nun der unvollständige Blick auf die gegenwärtigen Verschiebungen und Differenzierungen im Bereich der Inneren Sicherheit erst einmal beendet. Ihre Verbindungslinien zum Justiz- und zum Gefängnsisystem sind hier noch gar nicht gezogen worden.

Eine neue Ökonomie der Gewalt

Vielleich ist aufgefallen, daß in diesem Artikel der Begriff »Gewalt« (oder gar »Kriminalität«) selbst keinen Platz gefunden hat. Die landläufige Annahme ist ja, Gewalt sei eine eigenständige Größe, die durch mehr Sicherheitsleistungen zurückgedrängt werden könne, sich andernfalls aber von selbst ausbreite. Es verhält sich aber anders. Der Sicherheitsapparat kann und will die gegebene Gewalt nicht erfolgreich unterdrücken oder ihr nachhaltend vorbeugen. Er braucht sie vielmehr als Angriffspunkt seiner umfassenderen Kontrollabsicht, sie dient ihm als Mittel, die Gesellschaft zu ordnen.
Auch das neue Sicherheitssystem beschäftigt sich wesentlich mit der Formung und Differenzierung verschiedener Gewaltformen und dementsprechend verschiedener Sicherheitsbedürfnisse, die je angemessen bedient und gegeneinander austariert werden. Das Resultat wird eine instabile Asymmetrie zugunsten der Sicherheit sein, nicht mehr.
So setzten Gewalt und Sicherheit eine Ökonomie zusammen, in der mit ihnen als Soll- und Habenposten gehaushaltet wird. Kein Posten ist nutzlos oder schadet, denn jede Gewaltform fragt einen spezifischen Schutz nach. Jede

Fehlfunktion dieser Ökonomie, jedes skandalöse Sicherheitsdebakel – Pogrom, Riot, Amtsmißbrauch – wird daraufhin zu prüfen sein, inwiefern es eine schrittmachende Investition in neues Bedrohtheitsempfinden ist. So sind die Fehler dieser Ökonomie zugleich Relais der ständigen sozialtechnologischen Reform der Behörden bzw. der Neuanpassung des Sortiments.
Die wechselnde Gewichtung von Gewalt und Sicherheit, ihre funktionale Staffelung und räumliche, zonale Ausprägung halten die gesellschaftlichen Beziehungen in fortgesetztem Fluß, lassen sie nicht zur Ruhe kommen.
Vielleicht sind ja die einzigen Felsen in diesem Fluß die Schar der Unentwegten, die noch immer die unbedingte Gewaltfreiheit predigen, und die Anti--RepressionskämpferInnen, die Polizeistaat und Faschisierung beschreien?
Auch die Felsen sind von Nutzen, an ihnen brandet es besonders hoch auf, wirbelt und strudelt.

Zum Weiterlesen

- Britsch, Wener/Königseder, Franz Xaver (Hg.): Vorschriftensammlung für den Werkschutz und private Sicherheitsdienste, 3. Aufl., Stuttgart usw. 1991
- Bürgerrechte & Polizei/CILIP 43 (3/1992): Schwerpunkt: Private Sicherheitsdienste (der beste Einstieg ins Thema; enthält auch eine kommentierte Bibliographie)
- Foucault, Michel: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängisses, Frankfurt am Main 1977
- Hirsch, Joachim: Der Sicherheitsstaat. Das »Modell Deutschland«, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt am Main 1980
- Loccum. 23.09.83. Dokumentation, Broschüre, Göttingen 1983
- Nogala, Detlef: Polizei, avancierte Technik und Kontrolle. Funktion und Ideologie technikbesetzter Kontrollstrategien im Prozeß der Rationalisierung der Gesellschaft, Pfaffenweiler 1989 (Hamburger Studien zur Kriminologie, Bd. 6)
- Roth, Karl Heinz: »Modell Deutschland gegen Massenautonomie«, in: Autonomie 10 (Jan. 1978), Repr. in: Linke Liste (Hg.): Die Mythen knacken. Materialien wider ein Tabu. Neue Linke. RAF. Deutscher Herbst. Amnestie, Frankfurt am Main 1987, S. 247-251
- Roos, Jürgen: »Das bayerische Gesetz über die Erprobung einer Sicherheitswacht«, in: Kriminalistik 4/1994, S. 287-290
- Schöpflin, Armin: »Polizei und privates Sicherheitsgewerbe. Distanz oder Koperation?«, in: Kriminalistik 11/1993, S. 689-691
- Shearing, Clifford D./Stenning, Philipp C. (Hg.): Private Policing, Newbury Park 1987 (wissenschaftliches Standardwerk)
- Spitzer, Steven/Scull Andrew T.: »Privatization and Capitalist Development: The Case of the Private Police«, in: Social Problems 25 (1978), S. 18-29
- Stümper, Alfred: »Verlust des staatlichen Gewaltmonopols?«, in: Kriminalistik 5/1975, S. 193-196 (für die Polizei-Mehrheit nach wie vor maßgebliche pragmatische Position ihres Obertheoretikers)
- Wirtschaftsschutz & Sicherheitstechnik, seit 1978 (das Fachblatt der Branche)

Die Scharfmacher

»Die augenblickliche Jugendgeneration gehört mit zu der friedfertigsten, die Deutschland in diesem Jahrhundert hervorgebracht hat.« (11)

Das ist die zunächst provozierend anmutende, aber im Text selbst weitgehend belegte These eines Ende 1994 erschienen Buchs von Eberhard Seidel-Pielen und Klaus Farin: *Die Scharfmacher. Schauplatz innere Sicherheit*, Rotbuch – Berlin 1994. Das ärgerliche an dem Buch, das sei vorweg gesagt, ist die oft oberflächliche Art des Journalisten, sich seinem Thema zu nähern – ganz deutlich an den Autoren selbst: Als »Krieg in den Städten« noch neu war und sich gut verkaufte, legten sie einen »modernen Klassiker« (R. Giordano) zum Thema hin – nun kritisieren sie genau dieses Reißerische bei anderen. Wie zu erwarten ist das Buch auch nicht brauchbar in seinen politischen Konsequenzen (Reform der Justiz, Auflösung des VS zugunsten einer Stärkung der (politischen) Polizei). Die Autoren tragen aber einiges an Relativierungen und historischen Einordnungen zur Gewalthysterie in den letzten Jahren bei, das sich wohltuend vom üblichen (auch linken!) Konsens zu dieser Frage abhebt. Deshalb hab ich im folgenden die wichtigsten Gedanken rausgezogen und unter der Überschrift »Statistiken« auch relativ viel Zahlenmaterial stehenlassen, weil ich denke, daß solche Zahlen dann auch oft gebraucht werden in der politischen Auseinandersetzung.

»Innere Sicherheit«

»Warum ausgerechnet ›Organisierte Kriminalität‹ und Gewaltverbrechen die Diskussion um die ›innere Sicherheit‹ bestimmen, erscheint zunächst wenig plausibel. Genauso gut könnte die ›Umweltkriminalität‹ im Zentrum stehen, die .... in den letzten zehn Jahren um beängstigende zweihundert Prozent anstieg. ... Wie ›dramatisch‹ es zum Beispiel in Bayern um die ›Organisierte Kriminalität‹ bestellt ist, offenbart eine Mitteilung des Innenministeriums des Freistaates.« Danach werden 0,3 Prozent aller Straftaten der OK zugerechnet. (7 f.)

Beim näheren Hinsehen ergibt sich folgender Zusammenhang: Bis zum Herbst 1992 (Rostock) paßt die zunehmende Gewalt gegen »Ausländer« den Politikern ins Konzept. Es läßt sich sogar statistisch (!) belegen, daß das Agieren der Politiker in Bonn einen direkten Zusammenhang zur ansteigenden ausländerfeindlichen Gewalt hat. Die Ausländer wurden als Sündenböcke gebraucht, als Ventil für die vielen Demütigungen im »wiedervereinigten Umbruch«, »Sozialabbau« usw.. Sogar die Randale in Rostock wurde von Kupfer bis Süßmuth

zunächst als Anlaß genommen, »endlich eine rasche Änderung der Asylpolitik« zu fordern (Süßmuth, zit. S. 43). Der Brandanschlag in Mölln zwei Monate später wurde dann völlig anders kommentiert: »Nun ließ man die Muskeln in Richtung Neonazis spielen.« (43) Den Umschwung erklären sich die Autoren mit der internationalen Reaktion auf Rostock. Aber auch innenpolitisch wurde ein neues Feindbild gebraucht, nachdem das Asylrecht faktisch abgeschafft war. Diesen Umschwung schafften die Politiker in den zwei Monaten zwischen Rostock und Mölln, indem sie von »rassistischer Gewalt« abstrahierten und von Gewalt an sich redeten, oder gleich: »Hier rotten sich rechte und linke Extremisten zusammen.« (parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zit. S. 45) Schärfere Strafen, härteres Durchgreifen, der Stellenabbau beim VS muß gestoppt werden. (Strafverschärfung, Landfriedensbruch, großer Lauschangriff, Sicherungshaft, Demonstrationsverbote)

»Terrorismus, Aids, sexueller Mißbrauch und nun eben »Die deutsche Jugend« haben auch die Funktion, die Gesellschaft in der Gefahrenabwehr zusammenzuschweißen.« (33)

»Anwohner eines Atomkraftwerks fürchten heute mehr das »kolumbianische Drogenkartell« als die Strahlenbombe vor ihrer Haustür.« (7)

Die Rolle der Linken

»... die Debatte um die Gewaltverhältnisse beförderte auch innerhalb der linksliberalen Öffentlichkeit Tendenzen, einen starken und strafenden Staat herbeizureden. Viele sind geradezu in die Vorstellung verliebt, den Neonazismus in einer Material- und Paragraphenschlacht mit Stumpf und Stiel ›auszurotten‹.« (8)

»Mit dem Niedergang des sozialistischen Blocks und der damit einhergehenden Auflösung der Bipolarität des Weltgeschehens ist den heute 40- bis 55-jährigen der Bezugsrahmen der eigenen politischen Identität abhanden gekommen. Diese Altersgruppe ist gleichzeitig die Generation, die in den letzten fünfundzwanzig Jahren die Definitionsgewalt über das, was Jugend ist und zu sein hat, für sich reklamierte und erfolgreich die kulturelle Hegemonie innerhalb der Jugendszene für sich beanspruchte. Das tat sie dann noch, als es längst Zeit gewesen wäre, die Rolle der zornigen jungen Männer und Frauen ihren inzwischen erwachsenen Kindern zu überlassen. Ihr Juvenilismus ist ein historisch singuläres Phänomen, der die Kapitalismus-untypische ›Wirtschaftswunder‹-periode der Nachkriegszeit zur materiellen Voraussetzung hatte.« (28)

Wenn alt gewordene (Ex-)Linke von *der* Jugend, oder sogar von »der deutschen Jugend« (Kursbuch) sprechen und schreiben, verdrängen sie »ihr eigenes Versagen«: »Der ökologische und soziale Raubbau der letzten drei Generationen

läßt sich kaum wieder ausgleichen. Aus Angst vor der Konfrontation mit dieser Bilanz *ihres eigenen Lebenswerks* lenken ›die Alten‹ ihre ganz Wut auf die nachfolgenden Generationen.« (33)

Gewalt – Rechtsextremismus – Jugend

»(E)ine Diskussion, die ständig Rechtsextremismus, Jugend, Gewalt und Kriminalität miteinander vermischt, verstellt die Sicht auf wichtige Fortschritte, die die bundesdeutsche Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten machte, und nimmt die Entschiedenheit dort weg, wo in der Tat schnell reagiert werden muß. Tatsächlich gibt es außer im Bereich der fremdenfeindlichen Gewalt und den Desintegrationserscheinungen in einigen wenigen sozialen Brennpunktgebieten keine Indikatoren, die einen flächendeckenden dramatischen Anstieg des Gewalt- und Kriminalitätslevels beweisen würden. ... Auf 100.000 Einwohner kamen in der BRD in den letzten zwanzig Jahren unverändert 1,4 Tötungsdelikte. In den USA waren es 1990 13,3. « (34)

Hinter der heute durchgängigen Verteufelung »der Jugend« vermuten die Autoren auch einen »Kulturkonflikt« und »Klassenhaß«: »Anders als in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren bewegen sich nicht mehr nur Mittelschichtsjugendliche wahrnehmbar auf der öffentlichen Bühne... Neue Gesellschaftsschichten melden sich und machen den Mittelschichten ihre kulturelle Vormachtstellung streitig.« (40)

Statistiken

»Ein erster Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) scheint die Ängste der Bundesbürger zu rechtfertigen: Zwischen 1975 und 1992 stieg die Zahl der erfaßten Kriminalitätsfälle in der Altbundesrepublik von 2 919 390 auf 5 209 060....« (50)

»Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist ein Steinbruch für Bedrohungsszenarien jeglicher Art. Erschreckende Zunahme der ›Ausländerkriminalität‹? Gewaltbereite Jugendliche? Grassierender Mord und Totschlag? Marodierende Vergewaltiger? Dramatische Sicherheitsdefizite auf öffentlichen Straßen und Plätzen? Bedrohte Privatsphäre? Mordende Kinder? Kein Problem! ... KinderschützerInnen lesen aus der PKS eine Zunahme des sexuellen Mißbrauchs heraus; Rechtsextremisten eine Zunahme der ›Ausländerkriminalität‹; AntifaschistInnen eine Zunahme des Rechtsradikalismus; Innenbehörden einen erhöhten Finanzbedarf .....« (51)

Sie nehmen dann ein Beispiel, die angebliche zunehmende Bewaffnung in der BRD und besonders der Jugendlichen (siehe die ganzen Reißerstories über Gewalt an den Schulen). Das ganze gewürzt mit der statistischen Wahrheit: die

Zahl der Fälle, in denen mit der Schußwaffe gedroht oder geschossen wurde, stieg zwischen 1989 und 1993 um mehr als 60 Prozent. Wenn man sich die PKS von 1993, um die es hierbei geht, genauer ansieht, ergibt sich: Der Anteil der Straftaten, bei denen eine Schußwaffe mit im Spiel war, fiel zwischen 1972 und 1992 von 0,8 auf 0,3 Prozent. Und bei einem Drittel der Fälle, in denen tatsächlich geschossen wurde, handelt es sich um Sachbeschädigungen, was im Klartext häufig ›Schießen auf Verkehrsschilder‹ bedeutet. Und zudem hat sich die Zahl der Fälle, in denen tatsächlich geschossen wurde, von 1972 bis 1993 fast halbiert, während die Drohungen mit Schußwaffe sich im selben Zeitraum fast verdoppelt haben. Man sieht also: das einzige, was an zunehmender Bedrohung, steigender Kriminalität usw. aus dieser Statistik rausgelesen werden konnte, wurde rausgelesen, alles andere unterschlagen.

Die Autoren nähern sich dem Problem nochmal anders denn »die Kriminalitätsbelastung ... der Wohnbevölkerung im Westen Deutschlands [stieg] zwischen 1972 und 1982 um stolze 67 Prozent, von 1982 bis 1992 ... nur um 14 Prozent. Woran liegt es, daß heute, im Gegensatz zu den siebziger Jahren, auf breiter Front und in schrillen Tonlagen nach schärferen Strafen gerufen wird?« (53)

Erstmal muß man klarhaben, daß die PKS keine Täter- sondern eine Tatverdächtigenstatistik ist, im wesentlichen also das spiegelt, was Geschädigte oder Dritte als Kriminalität betrachten und der Polizei mitteilen. »Dabei gestalten Innenbehörden, Polizei und Medien kräftig am ›Lagebild‹, also an der Konstruktion von ›Wirklichkeiten‹ mit, indem sie Aufklärungsschwerpunkte setzen oder Geschädigte ermutigen oder auch demotivieren, eine Anzeige zu erstatten.« (55) »So trägt Berlins Innensenator Heckelmann mit seinem wahnhaften Kreuzzug gegen ›Hütchenspieler‹ dazu bei, daß die Statistik in den Bereichen ›Illegales Glücksspiel‹ und ›Ausländerkriminalität‹ kräftig nach oben getrieben wurde.« (56)

»Die ›dramatische‹ Zunahme der Kriminalitätsfälle der letzten Jahre ist weniger auf die kriminelle Energie internationaler Verbrechenssyndikate zurückzuführen als vielmehr darauf, daß die Bundesbürger die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums aktiv in die Hand genommen haben. Zwei Drittel der registrierten Straftaten waren Eigentumsdelikte. Zwischen 1974 und 1992 stiegen die registrierten Fälle von Diebstahl in der Altbundesrepublik von 1,9 auf 3,2 Millionen.... Was tun in einer Gesellschaft, die getreu dem Motto ›Hast du was, dann bist du was‹ lebt, wenn das Geld fehlt? In West-Berlin konnte man es zwischen dem 9. November 1989 (Tag der Maueröffnung) und dem 1. Juli 1990 (Tag der Währungsunion) wie unter Laborbedingungen beobachten. Im November verdoppelte sich schlagartig die Zahl der Ladendiebstähle, blieb von da an auf hohem Niveau und pendelte sich erst wieder auf dem alten Niveau ein, als die Bürger der ehemaligen DDR endlich die lang ersehnte West-Mark in Händen hielten.« (57) «(E)s gibt einen kausalen Zusammenhang zwischen Armut und Zahl der Diebstähle. Der Anteil der Eigentumsdelikte steigt in Deutschland, je weiter man sich nach Osten bewegt.« (59)

Es gibt insgesamt einen Anstieg der erfaßten Fälle von Gewaltkriminalität, die HKZ (Häufigkeitszahl; gibt die registrierten Fälle pro 100 000 Einwohner an) stieg von 1975 131 relativ kontinuerlich an auf 198 1993. Auffallend ist dabei jedoch, daß die HKZ bei Mord aber sogar gesunken ist. Bei den Vergewaltigungen war die HKZ Mitte der 70er Jahre am höchsten, sank dann bis Ende der 80er um ca. 30 Prozent und ist zwischen 1990 und 1992 um 5 Prozent angestiegen:

»Mit 6376 Vergewaltigungen betrug der Anteil 1993 an den registrierten Gewaltdelikten der Republik rund vier Prozent (1975: 8,5 Prozent). Eine ähnliche Entwicklung nahm der Deliktbereich ›sexueller Mißbrauch von Kindern‹. Zwischen Mitte der sechziger Jahre und Mitte der achtziger Jahre nahm die HKZ ab, um zwischen 1985 und 1992 wieder anzusteigen, ohne allerdings das Niveau der siebziger Jahre zu erreichen. 1993 lagen die erfaßten Fälle pro 100 000 Einwohner der Altbundesrepublik um über 50 Prozent unter dem Niveau von 1965. Diese Entwicklung ist umso erstaunlicher, als man angesichts der Enttabuisierung des Themas, Aufklärungskampagnen und der Einrichtung zahlreicher Beratungseinrichtungen einen stärkeren Anzeigenanstieg hätte vermuten dürfen.« (62 f.)

»Befragt, wo sie sich am gefährdetsten sehen, antworteten die BundesbürgerInnen in einer Umfrage des EMNID-Instituts erwartungsgemäß: in Parkhäusern (80%), in Parkanlagen (75%), auf Bahnhöfen (73%). Am sichersten fühlten sie sich immer noch zu Hause, obgleich dort die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Gewalttat zu werden, vor allem für Frauen und Kinder, am größten ist. ... 60% der Fälle von vollendetem Mord ereigneten sich 1992 unter Verwandten und näheren Bekannten. Waren Frauen die Opfer, betrug der Anteil sogar 70 bzw. 90 Prozent. Aus dem Familien- und näheren Bekanntenkreis kamen bei Mißhandlung von Kindern 95 Prozent der Tatverdächtigen, bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung von Frauen 53 Prozent; bei Vergewaltigung 45 Prozent, bei Raubüberfällen in der Wohnung 30 Prozent.« (63)

»Der Boom der Gewalt erfolgte zwischen 1965 und 1982. In diesem Zeitraum verdoppelte sich die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer gefährlichen oder schweren Körperverletzung zu werden. Der Anstieg in der Altbundesrepublik – nach einem Jahrzehnt der Stagnation – um weniger als 10 Prozent zwischen 1989 und 1993 nimmt sich dagegen eher bescheiden aus. ... Doch die Erklärung für den sprunghaften Anstieg zwischen 1965 und 1982 ist recht banal: In diesen Jahren stieg die strafmündige Bevölkerung an. Vor allem der Bevölkerungsteil, der die Haupttätergruppe dieses Gewaltdeliktes stellte – die Jugend. Denn der typische Täter einer Körperverletzung ist 14 bis 25 Jahre alt, männlich, polizeibekannt und betrunken. (Das gleiche gilt übrigens für die Opfer. Frauen sind bei schwerer Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen weit weniger gefährdet als

Männer. Ihr Anteil an den Opfern betrug 1992 16 Prozent.)« (63 f.)
Bei Raub stieg die HKZ von 13 im Jahr 1965 auf 33 1975 und 49 1989, 1993 lag sie schließlich bei 76.

»Geraubt wird dort am meisten, wo die Arbeitslosenzahlen davongaloppieren, wo Arme und Reiche räumlich aufeinandertreffen. Die höchste Belastung unter den Flächenstaaten weisen Mecklenburg-Vorpommern (HKZ: 73), Sachsen-Anhalt (HKZ: 78) und Brandenburg (HKZ: 73) auf. Unter den Städten führen Frankfurt (HKZ: 333), Hamburg (HKZ: 312), Bremerhaven (HKZ: 260) und Leipzig (HKZ: 228) das Feld an. Die Zunahme der Raubdelikte um 65 Prozent zwischen 1989 und 1993 (das ist der größte quantitative Sprung, der jemals in einem Vierjahres-Zeitraum registriert wurde) liefert denn auch die Hardware für die Verbrechensfurcht, die Gewaltdiskussion und die Aufregung um die ›Ausländerkriminalität‹. Denn die Täter werden tatsächlich immer jünger. In Berlin stieg der Anteil der unter 25jährigen bei diesem Deliktbereich zwischen 1988 und 1992 von 53 auf 70 Prozent, bei den unter 18jährigen von 24 auf 38 Prozent. Und .... in den Einwanderungsregionen der Altbundesrepublik stieg die Beteiligung der sogenannten zweiten und dritten Generation – vor allem junger Türken – überproportional an.« (66)

Ein Großteil dieser Sachen sind Beschaffungskriminalität. »Der Stadt Frankfurt gelang es 1993, mit der kontrollierten Abgabe von Methadon an Abhängige den Trend im Bereich der Raubdelikte amzukehren. Die Zahl der registrierten Raubdelikte ist nun rückläufig.« (67)

Jugendkriminalität

»Der Anteil Jugendlicher und Heranwachsender an den Tatverdächtigen insgesamt sinkt. In der Altbundesrepublik von 1984 bis heute bei Kindern unter 14 Jahren um 20 Prozent, bei Jugendlichen unter 18 Jahren um 30 Prozent, bei Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren um 16 Prozent.« (68) »Hinter dieser ›erfreulichen‹ Entwicklung verbergen sich erste Vorboten der Vergreisung der bundesrepublikanischen Gesellschaft.« (68)
Dann behandeln sie kurz das Beispiel »Gewalt an den Schulen«. Hier fällt auf, wie die Pressemeldungen immer schubweise kommen (z.B. im Herbst 93 in Berlin knüppeldick), wie die geschilderten Fälle dann aber nirgends einer Überprüfung standhalten. 1992 registrierten die Bullen 318 von Schülern begangene Gewalttaten in Berlin, bei einer Gesamtschülerzahl von 435 000. In 27 Fällen waren Messer im Spiel, in 18 Fällen (keine scharfen) Revolver, 5mal Reizgas, 3mal Schlagstöcke, 3mal Steine, 11mal »sonstige Waffen«.
Im Februar 94 pushte *Focus* die »Ausländerkriminalität«, sie dürfe nicht länger »tabu« sein usw.. Ausländerkriminalität rangiert auf Platz drei der wahlentscheidenden Themen. »Für 57 Prozent der WEstdeutschen und 53 Prozent der Ostdeutschen ist die ›Ausländerkriminalität‹ eines der Hauptprobleme.« (73) Sie

schlüsseln dann die Raten auf:

»Die Kriminalitätsrate ausländischer Arbeitnehmer, die schon lange Zeit in Deutschland leben, ist – parallel zu der ihrer deutschen Mitbürger – rückläufig. ›Probleme‹ bereiten in den letzten Jahren die illegal in Dtld. lebenden Ausländer und die Asylbewerber, oder besser die Armutsnomaden unter ihnen.... Die Zahl der Tatverdächtigen unter ihnen stieg zwischen 1984 und 1992 von 16 000 auf rund 170 000. Damit ist heute jeder dritte nichtdeutsche Tatverdächtige ein Asylbewerber.« (75)

Wenn man allerdings genauer guckt, ergibt sich, daß 30,8 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen unter den Asylbewerbern gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz verstoßen hatten. Gegen weitere 40 Prozent wurde wegen einfachen Ladendiebstahls ermittelt. »Allerdings ... stellen die Asylbewerber auch etwa jeden zehnten Tatverdächtigen bei Raub, Handel und Schmuggel von Heroin, Vergewaltigung und bei Mord und Totschlag. Ein Indiz dafür, daß tatsächlich eine Minderheit unter dem Ticket des Asylrechts segelt, um illegale Geschäfte abzuwickeln.« (75)

Dann schlüsseln sie die Zahlen auf, wobei man die Altersstruktur (Jugendliche werden häufiger kriminell), die Geschlechtsstruktur (Männer häufiger), die speziellen »Ausländerdelikte«, Wohnsitzvergleich, Stadt-Land-Gefälle, soziale Schicht und Selektionsmechanismen (Ausländer geraten leichter in Tatverdacht als Deutsche) berücksichtigen muß. Bei einer Studie der bayerischen Bullen ergab sich folgendes: ohne Verzerrungsfaktoren war die Kriminalitätsbelastung der Ausländer 5,6fach. Werden nur Tatverdächtige verglichen, die auch in Bayern wohnen, halbierte es sich auf 2,8fach. Zog man die Verstöße gegen Ausländer- und Asylverfahrensgesetz ab, war es noch 2,5fach. Bei Berücksichtigung der Geschlechtsstruktur war es noch 2,3fach. Nicht berücksichtigt haben sie den Faktor der selektiven Wahrnehmung,

»der nach anderen kriminologischen Studien eine gewichtige Rolle spielt. So hatte die einsetzende restriktive ›Ausländer‹politik in den Jahren 1980/81 nicht nur einen Rückgang von bikulturellen Ehen zur Folge, sondern auch eine Veränderung des Anzeigenverhaltens der Deutschen. Sie schwärzten nun schneller und häufiger ihre ausländischen Nachbarn an. Während junge Deutsche im gesamten Bundesgebiet fast gleiche Anzeigenbelastungsziffern haben, sond junge Ausländer in CDU- bzw. CSU-regierten Ländern deutlich höher belastet, vor allem junge Türken um 63 Prozent.« (77)

Der Kriminalitätsbereich, der am stärksten zugenommen hat – fremdenfeindliche Straftaten – ist bis März 1993 von der PKS überhaupt nicht erfaßt worden. Spezielle Studien der Bullen ergaben z.B. in Berlin eine Verdopplung solcher Straftaten von 1992 bis 1993. Zahlen des BKA gehen von einer Steigerung von 250% von 1991 bis 1993 aus.

Polizei – Verfassungsschutz – Justiz

Im Kapitel über die Polizei tragen sie viel Zeugs zusammen (wie die Bullen in Eberswalde zugeguckt haben, wie Antonio Amadeu zu Tode geprügelt wurde; antisemitische ›Säuberungen‹ in Bulleneinheiten usw.) für den strukturellen Rassismus der Bullen – sie meinen aber, genau diese Schlußfolgerung könne man nicht ziehen. Sie beziehen sich auf britische Erfahrungen (siehe RAT), wo seit 1981 über das »Verhältnis Polizei und ethnische Minderheiten« diskutiert werde (Scarman-Report). Und sie beklagen, daß in der BRD so etwas nicht angegangen wird (bei den deutschen Bullen gibt es nach wie vor kaum Ausländer).
Im Kapitel »Die Dinosaurier« analysieren sie die Unfähigkeit von Verfassungsschutz und Staatsschutz mit der rechten Gewalt umzugehen und entwickeln schließlich »Alternativen zum Verfassungsschutz« (133 ff.) – es ist: die Polizei. »Auch wenn die Staatsschutzabteilungen der Polizei zu Recht mit großer Skepsis beobachtet werden, unterscheiden sie sich doch in zentralen Punkten vom Verfassungsschutz .....« (134)
Im Schlußkapitel »Die Justiz« wehren sich die Autoren gegen die Vorschläge der Hardliner, die Strafen vor allem im Jugendstrafrecht zu verschärfen. Das läßt sich auch mit Beispielen aus der Geschichte und anderen Ländern belegen: In den USA verdoppelte sich die Zahl der Gefangenen und die Todesurteile und gleichzeitig nahm die Gewaltkriminalität um 44% zu. Letztlich wollen die Autoren auf den Täter-Opfer-Ausgleich raus, der seit 1990 im Jugenstrafrecht gesetzlich verankert ist. Ansonsten nehmen sie die bundesdeutsche Justiz in Schutz gegen Funktionalisierungen »von links und von rechts«. Zum Beispiel im Fall des Mordes in Wuppertal an Karl Hans Kohn, wo Ralph Giordano mit Schaum vorm Maul in der taz vom 9.2.94 »lebenslänglich« forderte und Eberhard Seidel-Pielen am Tag darauf das Urteil einzuordnen versuchte (8 Jahre nach Jugendstrafrecht und vierzehn für den erwachsenen Täter).
Sie wollen ganz richtig darauf hinaus, daß die Justiz keine sozialen und politischen Probleme lösen kann. Was schlagen sie stattdessen vor: »Zivilcourage im Alltag ..., Eingreifen, Grenzen setzen, Meinung bekennen ....« (163 f.)
Tja!
j./Berlin

Folgender Artikel ist in der September-Nummer des Leipziger KlaroFix erschienen. Er basiert auf dem Frauenkapitel des Manuskcripts zu Klassenkämpfen in Rußland, was ja erstmal auf Eis gelegt ist und nochmal richtig überarbeitet werden soll.

(Ge)schlechter Deal in Rußland

"Warum sollten wir Frauen beschäftigen, wenn Männer keine Arbeit haben und Arbeitslosenunterstützung beziehen? Laßt die Männer arbeiten und die Frauen sich um Haushalt und Kinder kümmern." Gennadi Melikjan, Arbeitsminister Rußlands auf einer Pressekonferenz am 10.2.1993

Nachdem wir im letzten Klaro was zur allgemeinen politischen Entwicklung in Rußland in den letzten Jahren geschrieben haben, hier nun der angekündigte Artikel zur Situation und den Kämpfen der Frauen dort. Es geht hier übrigens nicht um eine Vergleich mit den Verhältnissen hier bzw. in der früheren DDR. Das würde den Rahmen sprengen. Nichtsdestotrotz fänden wir eine Auseinandersetzung, die an den folgenden Thesen ansetzt und sich auf die hiesigen Bedingungen bezieht, wünschenswert.
Frauen spielten natürlich auch in allen ArbeiterInnenkämpfen in der Sowjetunion und später Rußland seit Mitte der 80er Jahre eine Rolle (in den Streikwellen und sozialen Bewegungen 1989 bis 1991, in den Kämpfen gegen die ökonomische "Schocktherapie" der russischen Regierung, den Streiks in der Gesundheitsindustrie und den Schulen 1992 usw.). Aber darüberhinaus gibt es für Frauen noch eine andere Ebene von Ausbeutung und Unterdrückung - und von Kämpfen dagegen.

Lohn- und Hausarbeit

Die sowjetische Akkumulation beruhte auch auf der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft in der Lohnarbeit und Abpressung unentlohnter Hausarbeit. Der (Lohn-)Arbeitszwang war faktisch durchgesetzt. Noch 1988 waren 93 Prozent der Frauen im berufsfähigen Alter beschäftigt. Frauen waren eine billige Arbeitsressource. Sie bekamen nur 60-70 Prozent des Lohns der Männer und arbeiteten da, wo schlecht bezahlt wurde (ungelernte Arbeiten in der Fabrik, z.B. im Textilsektor) und da wo sie ihre angeblich "frauentypischen" Fähigkeiten einsetzen konnten: im sozialen Sektor, in den Krankenhäusern und Schulen, Schreibarbeiten in der Verwaltung usw. Viele Frauen machten aber auch die körperlich schwersten und dreckigsten Arbeiten (Straßenbau, Gleisbau, der Chemie- und Stahlindustrie, Landwirtschaft). Das hatte mehrere Gründe: dort

wurden höhere Löhne und Prämien gezahlt, die Arbeiterinnen bekamen eher eine Werkswohnung, Kindergartenplätze usw. und außerdem konnten Frauen je nach Industriezweig fünf oder zehn Jahre früher in Rente, wenn sie einen der "dreckigen" Jobs machten. Insgesamt sicherte ihnen das ein ausreichendes eigenes Einkommen und mehr Unabhängigkeit von den (Ehe-)Männern. Männer hatten es einfach nicht nötig, die miesen Jobs zu machen, da sie mehr verdienten und - anders als die Frauen - auch größere Aussichten auf beruflichen Aufstieg verbunden mit besserer Bezahlung hatten.

Der Lohn der Frauen war in den meisten Familien für die Versorgung der Familie notwendig und machte im Schnitt 40 Prozent des Familieneinkommens aus. Frauen schafften aber nicht nur einen erheblichen Anteil des Familieneinkommens heran, sondern organisierten gleichzeitig noch die Versorgung der Familien durch unentlohnte materielle und soziale Reproduktionsarbeit. Durch den chronischen Mangel an Versorgungsgütern, den niedrigen Technisierungsstandard in Haushalt und Küche, die Versorgung der Alten in den Familien usw. nahm die Hausarbeit viel Zeit in Anspruch. Die Männer ließen (und lassen) die Frauen zuhause schuften und verteidigten auf deren Rücken ihren ruhigen Feierabend.
In der Sowjetunion erkämpften sich die Frauen innerhalb der Familien eine gewisse Machtposition. Oft waren sie es, die das Haushaltsgeld verwalteten, damit der Mann es nicht versoff. Sie bestimmten über die Kindererziehung, die Organisation des Haushalts und Zusammenlebens usw. Ihr Einfluß in der Familie beruhte darauf, daß in der Mangelökonomie die Kenntnisse und gesellschaftlichen Fähigkeiten der Frauen erst die Versorgung und Organisierung des sozialen Lebens garantierten. Sie kannten die richtigen Läden, hatten die wichtigen Beziehungen, wußten, wen sie bestechen mußten, um an Mangelwaren ranzukommen, konnten sich und andere ernähren, kleiden usw. Wo der Sozialstaat nicht funktionierte – Kindergartenplätze reichten nie aus – übernahmen Babuschkas, die alten Frauen und Großmütter, die Kindererziehung und verbesserten über die unentlohnte Arbeit in den Datschen und Gärten die Lebensmittelversorgung ihrer Familien.
Die entscheidende Rolle im Zentrum der Familien hatte aber kaum oder keine Konsequenzen für den gesellschaftlichen Einfluß der Frauen. Auch die weitgehende rechtliche Gleichstellung der Frauen änderte daran nichts. Das öffentliche Leben, ob auf der Straße, im Betrieb oder in den Massenorganisationen, war von Männern dominiert. Diese bekamen die höheren Posten, wurden im Betrieb befördert, stellten die politischen Entscheidungsträger usw. Die Position im Zentrum der Familien gab den Frauen zwar dort eine gewisse Entscheidungsgewalt, aber die war auch mit einem 16-Stundentag bitter erkauft.

Frauen und Männer

Beziehungen zwischen Männern und Frauen sahen und sehen in erster Linie wie ein Deal aus: soziale Integration mit Kleinfamilie als einzige Perspektive. Frauen lebten erstmal aus ganz materiellen Gründen mit Männern zusammen. Sie heirateten früh, um aus der Enge familiärer Kontrolle herauszukommen, die immer eine größere soziale Kontrolle für Mädchen und Frauen als für Jungen und Männer bedeutete. Sie wollten der Enge der Wohnsituation mit zwei bis vier Menschen in einem Raum entkommen, die ein Privatleben, die Verfolgung individueller Interessen oder Sexualität unmöglich macht. Wohnungen gab es nur auf Trauschein und das auch nur nach jahrelanger Warterei. So bedeutete die Flucht aus einer Abhängigkeit von der Familie der Eltern unmittelbar eine neue Abhängigkeit. Die Frauen brauchten dann Jahre, um sich von der Unterdrückung und Perspektivlosigkeit in der Ehe zu befreien. Viele taten das aber dann auch. In der Sowjetunion wurden 50 Prozent der Ehen geschieden. In 70 Prozent der Fälle wurde die Scheidung von Frauen eingereicht. Als häufigster Grund wurde der Alkoholismus der Männer genannt. Viele Frauen schickten ihre Männer auch ohne Scheidung in die Wüste.

In Gespächen stellen sich viele, vor allem ältere Frauen in Rußland über die Männer. Sie sehen diese oft nur als versoffene, unerotische Idioten, die nicht für sich sorgen können. Viele Männer ziehen sich im übrigen auf diese Rolle zurück, weil sie ihnen erlaubt, sich bei Hausarbeit und Kinderbetreuung ganz rauszuhalten. Trotzdem erfüllen die Frauen ihre Rolle in der patriarchalen Arbeitsteilung. Diese ist durch offene und strukturelle Gewalt abgesichert: durch den staatlichen Arbeitszwang, Gewalt gegen Frauen, die Ideologie von der "Familie als Keimzelle des Sozialismus" und eine religiös-repressive Moral.

Die sowjetische Familienpolitik und die Sexualmoral, die sowohl von der puritanistisch-stalinistischen Doktrin als auch orthodox-religiöse Traditionen beeinflußt war, schuf ein sexualfeindliches Klima. Sexualität in Rußland hat bisher wenig mit Lust zu tun und blieb in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ein Tabuthema. Schwule und Lesben wurden und werden verfolgt.

Auf dem Hintergrund von Tabus und Angst vor Schwangerschaft setzte sich ein männliches Sexualverständnis durch, das den Frauen wenig Raum für die Entdeckung und Entfaltung der eigenen Sexualtität ließ. Die "sexuelle Revolution" in Rußland seit 1989 bleibt weitgehend die Durchsetzung dessen, was - wie eine russische "Feministin" es ausdrückt – "in Übereinstimmung mit dem männlichen Sexualverständnis im Bett zu geschehen hat".

Die Verantwortung für Sexualität und Verhütung war und ist Sache der Frauen. Wegen des Mangels an Verhütungsmitteln (vor allem auf dem Land), aber auch der Unkenntnis über den Umgang damit, wurde die Abtreibung das vorherr-

schende Mittel der Geburtenkontrolle. Die Praxis der Abtreibungen war und ist äußerst brutal (ohne Betäubungsmittel, Schlachthofatmosphäre). Schätzungen über die durchschnittliche Abtreibungszahl jeder Frau liegen bei vier bis zehn. Jedes Jahr haben zehn von hundert Frauen zwischen 15 und 45 haben eine Abtreibung - mehr als in jedem anderen Land. Meist laufen die Abtreibungen so ab, daß die Frau am nächsten Tag wieder arbeiten geht! Darüberhinaus gibt es heute eine neue Art von Klassenmedizin: Wer Geld hat, kann sich eine gute medizinische Betreuung, Medikamente, hygienische Verhältnisse kaufen, alle anderen werden gar nicht oder unzureichend versorgt. Das gilt auch für die Abtreibungskliniken.

Auswirkungen der Perestroika

Die Perestroika zielte auf die Zerschlagung der alten Klassenzusammensetzung. Die Arbeitskollektive in den Betrieben, die die Erhöhung der Produktivität blokkierten, sollten geschwächt und beseitigt werden. Dabei wollte das Regime Teile der ArbeiterInnenklasse über neue Hierarchien und Leistungsanreize in das Projekt der Neugestaltung einbinden und nutzte auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung.
Am Anfang der Perestroika hatten auch viele ArbeiterInnen ein Interesse am Aufbrechen der alten Ausbeutungsstrukturen, wollten die Verbesserung der Vorsorgung, mehr persönliche Freiheiten usw. Frauen erkannten, daß sich vielleicht neue Chancen ergeben und sie sich bessere Lebensbedingungen erkämpfen könnten. Heute betonen einige Frauen, daß sie nun in Jobs arbeiten können, die ihnen bisher verwehrt waren, wo nur wenige Frauen reinkamen, z.B. Journalistin, freie Berufe. Andere erklären, daß Frauen die Aussicht, jetzt nur noch Hausarbeit machen zu können, positiv bewerten, weil die Mehrfachbelastung durch Lohn- und Hausarbeit wegfällt. (Was allerdings nur die Frauen der "businessmen" können, die genug verdienen, so daß "ihre" Ehefrauen nicht lohnarbeiten müssen.) Auch das "neue Frauenbild" in Rußland, die Frau als Sexualobjekt, geschminkt und verführerisch, wird von einigen Frauen akzeptiert oder mitgetragen, weil sie die Prüderie und die unerotische Geschlechterbeziehung der Sowjetzeit satt haben.
Insgesamt haben die Veränderungen der letzten Jahre für die meisten Frauen aber eine Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen gebracht. Frauen wurden zuerst entlassen, müssen nun schlechtbezahlte Aushilfsjobs machen und unter ihrer Qualifikation arbeiten. Die Herausdrängung der Frauen aus der Lohnarbeit ist quasi offizielle Regierungspolitik. Schon 1988 gab es eine Kampagne dazu, die auch von den sowjetischen Frauenverbänden und -zeitschriften mitgetragen wurde. Frauen sind am meisten betroffen von der Ver-

armung, der Abschaffung oder Einschränkung vieler Sozialleistungen (Kindergärten, Kindergeld ...), der Verschlechterung der medizinischen Versorgung, der Entwertung der Renten usw. Sie machen Kleinhandel, was oft kaum zum Leben reicht, machen prekäre Jobs oder gehen auf den Strich. Prostitution ist für einige Frauen noch der lukrativste Job, weil sie verhältnismäßig gut verdienen können. Aber auch da gibt es Unterschiede zwischen Bahnhofsstrich und den Diplomaten-Callgirls. In den Dienstleistungen werden Frauen in unqualifizierte Jobs gezwungen (Sekretärinnen, Verkäuferinnen...) und mit sexistischen Einstellungspraktiken konfrontiert ("Keine Alten und Dicken!"). In den Fabriken machen sie weiter die miesen Jobs. Die drohenden Entlassungen, bei denen sie ganz oben auf der Liste stehen, und die Entsolidarisierung der männlichen Arbeiter verhindern mögliche Kämpfe. Dabei werden sie mittlerweile auch für diese dreckigen Arbeiten schlecht bezahlt.

Der Wegfall von garantiertem Lohn, Prämienzahlungen und staatlichen Sozialleistungen vergrößert die Abhängigkeit vom Einkommen der Männer. Der Einfluß der Frauen in den Familien schwindet. Durch Entlassung bzw. die prekären Jobs des sicheren Einkommens beraubt sind sie auf die Ehe festgelegt, können ihren saufenden Mann nicht mehr so einfach verlassen – oder ihm damit drohen. Durch die Einschränkung der staatlichen Kinderbetreuung sind sie noch mehr auf die Hausarbeit festgelegt. Der Markt für Lebensmittel hat sich so verändert, daß es fast alles gibt, wenn auch teuer: das Wissen und die Beziehungen der Frauen fallen also nicht mehr so ins Gewicht, dafür der Lohn des Mannes. Die Brutalität und Gewalt in der Familie und auf der Straße schränken die Bewegungsfreiheit und die Ausbruchsmöglichkeiten der Frauen weiter ein. Die Zahl der Vergewaltigungen hat zugenommen. Die Scheidungsrate ist gesunken, weil Verarmung, Streichung und Entwertung der staatlichen Sozialleistungen, Entlassungen und Reallohnsenkung es den Frauen viel schwerer macht, ohne den Mann materiell klarzukommen. So sehen sie sich gezwungen, die Unterdrückung und Gewalt in der Ehe länger hinzunehmen oder neue Wege zu finden, um mit den Ehemännern auszukommen.

Frauenbewegung

Die Subjektivität der Frauen in Rußland, ihr Verständnis der eigenen Lage zwischen kapitalistischer Ausbeutung und patriarchaler Unterdrückung, ihre Beziehung zu Männern, ist schwer greifbar. Scheinbar haben sie sich mit dem Zustand von Ausbeutung und Unterdrückung arrangiert und es ist schwer auszumachen, wo es da Brüche, Ansätze, Kämpfe gibt. Frauen in Rußland haben gelernt, die schwere Lohnarbeit, die harte und zeitraubende Hausarbeit, den

Sexismus und die Faulheit ihrer Männer irgendwie durchzustehen. Bleibt die Frage: Können sich trotzdem kollektive (Frauen-)Kämpfe entwickeln?

Es hat in der Sowjetunion – anders als in Westeuropa und den USA Ende der 60er/Anfang der 70er – keine breite gesellschaftliche Bewegung gegeben, in denen auch der Widerspruch zwischen den Geschlechtern aufgebrochen wäre und Frauen die patriarchale Unterdrückung breit hätten thematisieren können. Die wenigen Versuche von Frauen in diese Richtung wurden vom Regime unterdrückt. So haben die Frauen in Rußland heute keine (erlebte und verarbeitete) Geschichte gesellschaftlicher Organisierung und Kämpfe, auf die sie zurückgreifen können.
Die staatlich verordnete Gleichberechtigung seit 1917 hatte nichts mit Frauenkampf für Befreiung zu tun. Unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung wurden alle Frauen zur Lohnarbeit gezwungen. Abgesichert wurde dies durch große Propagandabemühungen für den "Aufbau des Sozialismus". Gleichzeitig wurden sie weiter als "Mütter" und als Reproduktionsarbeiterinnen innerhalb der "proletarischen Familien" benutzt.
Die offizielle Frauenbewegung in der Sowjetunion, vorübergehend von Stalin verboten, aber ab 1945 reorganisiert, hatte vor allem die Aufgabe, die verordnete Gleichberechtigung nach außen hin zu repräsentieren. Eine als "Antifaschistisches Komitee der Sowjetfrauen" gegründete Organisation wurde 1956 in "Komitee für Sowjetfrauen" (KSZ) umbenannt. Sie war die Dachorganisation aller Frauenräte in Betrieben, Städte, Kreisen usw.
Nach 1986 versuchte Gorbatschow die Frauen in sein Perestroika-Projekt einzubinden. Neue formal unabhängige Frauenräte wurden in Betrieben und Kolchosen gegründet, alte reaktiviert. Die Frauenräte kümmerten sich um soziale Anliegen wie Werkhallen für schwangere Frauen, Kindergärten, Geschäfte auf dem Betriebsgelände, aber auch schlagende Ehemänner, Jugendliche usw.
Die seit den späten 70ern entstandenen unabhängigen Frauengruppen wurden fast alle von Frauen aus der Intelligentsia und Dissidentenkreisen gegründet. Einige davon waren stark religiös geprägt. Bis Mitte der 80er wurden sie vom KGB verfolgt. Erst ab 1985 entwickelte sich langsam eine Debatte über die "Frauenfrage" in der Sowjetunion. 1990 gründeten Wissenschaftlerinnen das "Zentrum für Geschlechter-Forschung" (CGI) als Institutsabteilung der Akademie der Wissenschaften. Das CGI versuchte die Bildung unabhängiger Frauengruppen zu unterstützen sowie Informationsaustausch und eine Vernetzung zu gewährleisten. Zu diesem Zweck organisierte es mehrere überregionale Diskussionsforen.
Die offizielle Frauenorganisation KSZ wurde mit Auflösung der Sowjetunion in die "Frauenunion Rußlands" umgewandelt, die Führungsspitze blieb aber im

Amt. Mit Unterstützung des Staates und der (alten) Gewerkschaften organisierte die Frauenunion vor allem Weiterbildungskurse für Frauen und soziale Hilfsprogramme für alleinstehende Mütter, Studentinnen und Rentnerinnen. Von der Regierung wurde sie auch weiterhin als Repräsentantin der russischen Frauen gesehen und bei Anhörungen und Beratungen hinzugezogen. Die im Dezember 1993 an den Wahlen teilnehmende Wahlblock "Frauen Rußlands" hängt personell eng mit der Frauenunion zusammen. Beide sind politisch konservativ und orientieren sich eher an der traditionellen Rolle der "sozialistischen Frau" als Lohnarbeiterin und Mutter. Sie setzen sich – wie auch viele der unabhängigen Frauengruppen - vor allem für eine Verbesserung der sozialen Absicherung der Frauen und die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ein, stellen aber das (kapitalistisch-patriarchale) System in Rußland nicht grundsätzlich in Frage.
Auch von den kleinen unabhängigen Frauengruppen diskutieren nur wenige die Befreiung der Frauen im gesellschaftlichen Zusammenhang. Und wenige bezeichnen sich selbst (in Anlehnung an ihr Bild von der westlichen "Frauenbewegung") als "feministisch". Der Begriff ist für viele russische Frauen ein Schimpfwort. Von den Stalinisten wurde er gegen Abweichlerinnen benutzt, von den Medien wird er als aggressive, männerfeindliche Haltung von Frauen im Westen gezeigt. Zudem unterliegt der "Feminismus" dem Ideologieverdacht: "Ideologien" sind (nicht nur) bei den Frauen in Rußland unbeliebt. Viele unabhängige Frauengruppen bleiben – wie die meisten Frauen in Rußland – (noch) von den vom System angebotenen (bzw. durchgesetzten) Rollen und Identitäten als Mutter, "Hüterin der Familie" oder pflichtbewußte Arbeiterin beeinflußt. Im Rahmen des bisherigen Systems des (Lohn-)Arbeitszwanges erscheint vielen Frauen die Befreiung von der Lohnarbeit (sprich mehr Zeit für Kinder und Küche) als bestmögliche Perspektive. Wenige Frauen greifen die Unterdrükkungsstrukturen offensiv an. Natürlich spielt hier eine Rolle, daß Frauen in der gegenwärtigen Krise und angesichts der Feminisierung der Armut die Überlebensfragen (Verarmung, Ernährung, Gewalt) brutal aufgezwungen werden.
Die kleine unabhängige Frauenbewegung bleibt akademisch geprägt, übt sich in der Rolle einer Interessenvertretung gegenüber der Regierung und organisiert soziale Projekte zur Unterstützung von Frauen "in Not". So thematisieren sie die Lage der Frauen und versuchen, deren konkrete Probleme auzugehen, sprengen aber nicht die Logik des patriarchalen Systems insgesamt. Ein Erfolg (auf der reformistischen Ebene): Die organisierte Frauenbewegung (vom "Zentrum" bis zu den "Frauen Rußlands") schaffte es, das diskriminierende "Gesetz zum Schutz der Familie, der Mutterschaft, der Vaterschaft und des Kindes" zu kippen. Dieses sah unter anderem die Erschwerung von Scheidungen und ein Verbot von Abtreibungen vor, wurde aber 1993 nach Protesten vieler Frauengruppen wieder zurückgenommen.

Streikwelle in Weißrußland

[Bericht, gestückelt aus verschiedenen Quellen, u.a. einem Interview mit einem Genossen aus Minsk - unter Zeitdruck grob zusammengefaßt; wirft viele Fragen auf, aber das muß ja nicht falsch sein. heinz]

Zur Vorgeschichte

Schon am 1. April 1991 hatte es in Weißrußland [im folgenden BR für Belarus] eine Welle von Streiks gegeben, als Reaktion auf die sogenannten Pawlowschen Reformen. Diese hatten die Preise für Grundnahrungsmittel angehoben. An den Streiks nahmen etwa 500 000 ArbeiterInnen teil. Um diese Zeit gab es in der Arbeiterbewegung vier Hauptströmungen: die Arbeiterunion, eine parteiähnliche Organisation; SMOT (seit Ende der 70er), eine syndikalistische Organisation; das Basiskomitee der Unabhängigen Gewerkschaften der Bergarbeiter (in Saligorsk – hat nichts mit der offiziellen Bergarbeitergewerkschaft zu tun, die ähnlich heißt); das Streikkomitee in Gomel mit dem Schwerpunkt Tschernobylproblematik und Veruntreuung von Hilfsgeldern durch Bürokraten). Diese zusammen bildeten ein Streikkomitee mit sehr breiter Beteiligung zur Koordinierung der Aktionen. Daran nahmen SMOT, Anarchosyndikalisten und verschiedene Arbeiterführer teil, die später individuell Karriere machten, einer wurde z.B. Abgeordneter. Aufgrund persönlicher Konflikte zwischen einigen Führern im Streikkomitee spaltete sich die Bewegung in den Jahren 1991 und 1992, die Basis konnte gegen die politischen Machtspiele nichts tun [? - Wegen des Zeitdrucks und der Tatsache, daß Nachfragen erst ins Russische übersetzt werden mußten und die Antwort umgekehrt, habe ich an vielen Stellen erstmal nicht nachgefragt. heinz]. Viele Organisationen haben sich damals vom Staat als Gewerkschaft anerkennen lassen, also als offizieller Verhandlungspartner mit Vorsitzendem usw., das brachte Räume in den Staatsbetrieben, Telefone usw., sie konnten eine Zeitung herausgeben und im Betrieb verteilen. Die untereinander zerstrittenen Gewerkschaftsführer sind inzwischen alle von der AFL-CIO, dem US-amerikanischen Gewerkschaftsbund gekauft. Anarchistische, anarcho-syndikalistische und trotzkistische örtliche Gewerkschaften werden von der Gewerkschaftsspitze ignoriert bzw. sabotiert. Heute gibt es im wesentlichen vier Blöcke: FPB, die gelben, staatlichen Gewerkschaften; Konföderation der Arbeit (hat regional Einfluß, z.B. in Gomel - politisch wie die anderen demokratischen Gewerkschaften, aber in Konkurrenz dazu); Freie Gewerkschaften BR (da sind auch SMOT und z.B. eine libertäre Studentengewerkschaft); die Unabhängigen Gewerkschaften. Die beiden letzten Organisationen werden von der AFL-CIO unterstützt. Deren Gelder werden über Warschau (alte Solidarnosc--Verbindungen) in BR verteilt.

Die "Wende" 1991 war im wesentlichen eine politische, es gab z.B. noch kaum Privatisierungen staatlicher Betriebe. Die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt um 5%, faktisch sind vielleicht ein Viertel der Beschäftigten arbeitslos, aber die meisten sind ohne Lohn auf Kurzarbeit Null, stehen aber noch auf der Lohnliste, das heißt, sie können weiter in den Werkswohnungen wohnen, in die Poliklinik gehen usw.. Etwa 90% der Industriearbeitsplätze sind immer noch staatlich organisiert. Es gibt einen kleinen privaten Sektor, der vor allem Handel betreibt (Kioske...) und einzelne aus großen Betrieben ausgelagerte Abteilungen, die privat firmieren.

Streiks und Repression

Den ersten großen Streik im Jahr 1995 organisierten Näherinnen usw., also TextilarbeiterInnen in staatlichen Betrieben. Sie forderten die Auszahlung der seit zwei bis drei Monaten ausstehenden Löhne (ziemlich normal in Osteuropa heute). Im Mai gab es mit den gleichen Forderungen eine große Streikwelle, in Grodno kam es zu Unruhen (für Osteuropa ziemlich ungewöhnlich). Streiks in Saligorsk (u.a. Kalisalzbergbau), Gomel, Minsk. In Minsk nahmen Streikende den Direktor des Radiotechnischen Werks als Geisel für die Auszahlung der Löhne. Im Sommer wurde bei großen Demos streikender ArbeiterInnen in Minsk des öfteren das Präsidentenpalais blockiert. Diese Gelegenheiten nahmen Präsident und Premierminister wahr, um Propaganda zu machen und die jeweiligen Betriebsdirektoren zu entlassen. Trotzdem wurden die Streiks fortgesetzt. Meist wurden die Forderungen durchgesetzt, in Gomel gab es bei den öffentlichen Busbetrieben 30% Lohnerhöhung, aber dafür wurden 20 entlassene Arbeiteraktivisten nicht mehr eingestellt.

Im August wurde die Minsker U-Bahn (Metro) bestreikt. Am 21. August reagierte die Regierung mit einem faktischen Ausnahmezustand: Pressezensur, Aufhebung der parlamentarischen Immunität und Arbeitsmöglichkeiten für Abgeordnete, Verbotsdrohung für Parteien, die die Streiks unterstützten sowie das Verbot sowohl der offiziellen wie freien Gewerkschaften: Ukas (Verordnung) des Präsidenten, nach dem die Tätigkeit der Gewerkschaften auf absehbare Zeit eingestellt ist, ihre Konten wurden eingefroren und ihre Telefone abgestellt. Die Regierung setzte Soldaten als Streikbrecher ein und ließ bekannte Streikende verhaften und zwei Tage festhalten. Beim Minsker Metrostreik ging es außer um ausstehende Löhne um die tariflich abgesicherte Gefahrenzulage, die überhaupt nicht mehr ausgezahlt wurde. Keine der Forderungen konnte durchgesetzt werden, viele wurden entlassen, einige endgültig, andere sollen erstmal 2-3 Monate zur Kartoffelernte, dann dürfen sie wieder zur Metro. (Studenten mußten immer zur Kartoffelernte ausrücken. Die Ernte ist aber auch zur Selbstversorgung wichtig, deshalb steigt in den Betrieben dann traditionell der Absentismus. Auch

1995 wird es in dieser Zeit kaum Streiks geben, danach aber wieder losgehen?). Gegen die Gewerkschaften, die den Streik organisiert haben, läuft ein Prozeß. Die Regierung Lukaschenko sympathisiert mit dem chinesischen Modell knallharter Kontrolle. Gewerkschaftliche Streiks in BR sind heute deshalb politische Streiks.
[Aus einem Text vermutlich der Trotzkisten: "Einer der Verhafteten war Igor Asarko, Arbeiter des Elektronik-Kombinats "Integral", SMOT-Mitglied und Aktivist der Arbeiterpartei (...) [einer trotzkistischen Organisation, deren Schwesterorganisation z.B. in Berlin einige bekannte linke Betriebsräte angehören.]. Er gehörte der Delegation an, die 1992 in Berlin GewerkschafterInnen u.a. bei Bosch-Siemens, BMW und Narva besuchte. Die Betriebsleitung von "Integral" führt seit über zwei Jahren eine Kampagne gegen SMOT-Mitglieder und GewerkschafterInnen im allgemeinen. Sie ist zur Zeit bemüht, Joint Ventures mit deutschen Firmen einzugehen, wobei große Bedeutung der Zusammenarbeit mit Bosch-Siemens beigemessen wird. Die Vertreter westlichen Kapitals stellen der Betriebsleitung von "Integral" eine Reihe von Bedingungen, die für die Realisierung von Joint Ventures nötig sind: Dazu gehört unter anderem, daß es im Betrieb keine Gewerkschaften mehr gibt (...)
Es muß angemerkt werden, daß die aktivsten Banken und Firmen in Weißrußland aus Deutschland kommen, die mit dem Segen der Regierung bereits zahlreiche Betriebe übernommen haben. Es gibt bereits schätzungsweise 200 deutsch-weißrussische Joint Ventures in Weißrußland. (...)"]

Wie weiter, Belarus?

Bald soll es ein Gesetz über die unabhängige Presse geben, mit Verboten wird gerechnet. Im Oktober entscheidet der IWF über einen Kredit an BR, dafür muß demnächst ein Maßnahmenpaket ein- und durchgeführt werden, das u.a. die Anhebung der Preise für kommunale Dienstleistungen enthält. Lukaschenko tendiert zu einer Art neuer Sowjetunion.
Seit 1991 wirtschaftlicher Zerfall, Produktion ging zurück. Im Gegenzug gab es aber auch eine Art nationaler Wiedergeburt, plus Euphorie über Demokratisierung. Die neue Verfassung enthält einige demokratische Freiheiten, z.B. freie Presse (aber eher theoretisch). 1994 gab es eine starke Inflation, in zwei Wochen sank der Kurs des BR-Rubels von 4 000/$ auf 10 000 gegen 1 US-Dollar. Es gibt mehr russische Investitionen als westliche, Rußland unterhält Militärbasen in BR an der Westgrenze.
Anläßlich des Metrostreiks hat das US State Department eine Pressekonferenz in Minsk abgehalten, dort hieß es, die Tätigkeit der AFL-CIO entspreche den internationalen Normen. In der deutschen Botschaft in Minsk fand eine offiziell von den Freien Gew. BR organisierte Konferenz für deutsche Experten aus

Moskau statt, die sich dort mit Arbeit und Gewerkschaftsfragen beschäftigen. Zu dieser Konferenz waren auch Botschafter anderer Staaten eingeladen.
Wird BR sich also nach Osten integrieren oder Richtung Europa oder von den Blöcken zerrissen? Oder versuchen, ein Scharnier zwischen beiden zu werden?
Zur Migration: Viele Leute aus BR gehen nach Moskau auf den Bau arbeiten, nach Polen oder Deutschland. Zahlen werden nicht veröffentlicht. Nach BR kommen Ukrainer, vor allem in die BR-Region nahe Tschernobyl, dort wollen die Weißrussen nicht arbeiten. Auch Leute aus den ehemaligen SU-Republiken in Mittelasien kommen dorthin, sie erhalten dafür Arbeitserlaubnis und können ihre Familien nachholen, BR ist ein halbwegs stabiles Land und die Löhne sind höher als in Mittelasien. Sie versuchen dann oft, woanders hinzukommen. Afghanen und Kurden kaufen in Mittelasien SU-Pässe, fliegen damit nach Grodno, als SU-Bürger brauchen sie kein Visum, wenn sie durch BR nach Polen einreisen - die polnische Minderheit in BR soll Zugang erhalten zu Polen. Auch eine Möglichkeit, nach Deutschland zu kommen...

[Einige Fragen für die weitere Untersuchung: Rolle der westlichen Gewerkschaften, besonders DGB und AFL-CIO? Bedeutung der deutschen Industrie für die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Osteuropa? BR zurück in die alte Ostblock-Arbeitsteilung? Welchen Part könnte es da spielen? Drehscheibe zu Europa?
FAU und Trotzkisten rufen zu einer Protestkundgebung vor der BR-Botschaft auf (Freitag 29.9.95, 10 Uhr - Unter den Linden 63). Es sollen Protestbriefe und -telegramme geschickt werden. Wer das will, kann die entsprechenden Adressen bei mir erhalten. Ich fände es sinnvoller, sich an Bosch-Siemens, BMW usw. zu halten, dort mit den ArbeiterInnen zu diskutieren, mal wieder Flugblätter zu verteilen und dergleichen. heinz]